



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 01/19 • 03.01.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der Tradition folgend, lassen wir mit der ersten Wochenspiegelausgabe des Jahres die Highlights des Vorjahres Revue passieren. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Freude mit dieser Ausgabe und die eine oder andere positive Erinnerung.

Auch 2019 erwarten uns natürlich neue und alte Herausforderungen und Aufgaben, über die wir in den kommenden Wochenspiegeln in der gewohnten Kontinuität berichten werden, um Sie über die wichtigen Entwicklungen auf der Europäischen Ebene auf dem Laufenden zu halten.

Wir hoffen, auch 2019 zahlreiche interessierte Gäste in der Liegenschaft begrüßen dürfen und werden Sie daran teilhaben lassen, wie wir das Land in Brüssel repräsentieren.

Im Namen der gesamten Landesvertretung wünsche ich Ihnen an dieser Stelle viel Freude mit unserem Jahresrückblick für das Jahr 2018 und ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2019!

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
SACHSEN-ANHALT





Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Januar	4
Februar	11
März	13
April	25
Mai	31
Juni	35
Juli	43
August	49
September	52
Oktober	61
November	68
Dezember	80
Ihr Kontakt zu uns	83



Jahresrückblick 2018 • Januar

Europäische Kommission – Präsident Juncker ernennt Mitglieder der Task-Force „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am **18. Januar** sechs Mitglieder der neuen „Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit“ ernannt. Aus Deutschland ist **Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt**, vertreten. Die Taskforce arbeitet unter dem Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans und wird dem Präsidenten bis zum 15. Juli 2018 einen Bericht vorlegen. Ziel ist es, unter anderem zu klären, welche Befugnisse auf nationaler oder lokaler Ebene besser ausgeübt werden können als auf europäischer. Ferner soll die Taskforce Wege aufzeigen, wie regionale und kommunale Gebietskörperschaften besser in die Politikgestaltung der EU einbezogen werden können.

Präsident Juncker hatte die Taskforce im September in seiner Rede zur Lage der Union angekündigt.

Die Mitglieder der Task Force sind alle Politiker. Sie wurden von der Konferenz der Parlamentsausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) und vom Ausschuss der Regionen nominiert. Vom COSAC benannt wurden Toomas Vitsut (Mitglied des estnischen Parlaments), Reinhold Lopatka (Abgeordneter des österreichischen Nationalrats) und Kristian Vigenin (Mitglied des Parlaments von Bulgarien). Vom Ausschuss der Regionen benannt wurden Karl-Heinz Lambertz (Präsident), Michael Schneider und François Decoster. Das Europäische Parlament wurde aufgefordert, drei Mitglieder zu benennen, hat dies aber noch nicht getan. Die Taskforce tritt erstmalig am 25. Januar zusammen und legt ihren Bericht bis zum 15. Juli vor.

Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegt. Durch das Subsidiaritätsprinzip soll sichergestellt werden, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden und dass die EU nur in den Fällen tätig wird, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene effizienter sind als auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene. Die Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit stellt sicher, dass die Maßnahmen der EU nicht über das für die Erreichung der Vertragsziele erforderliche Maß hinausgehen. Die Anwendung dieser Grundsätze unter dieser Kommission lässt sich am Beispiel der Kontrolle staatlicher Beihilfen aufzeigen, die bereits weitgehend an nationale Behörden übertragen wurde; 97 Prozent aller staatlichen Beihilfen werden nun von Stellen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene kontrolliert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Beschluss über die Ernennung der Mitglieder der Taskforce Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit [Link](#)

Beschluss über die Einrichtung einer Taskforce Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit [Link](#)

Rede zur Lage der Union 2017 [Link](#)

Weißbuch zur Zukunft Europas [Link](#)

Politische Leitlinien von Präsident Juncker [Link](#)



Europaminister gratuliert zu zwei neuen Europainfozentren im Land

Ab sofort stehen den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen-Anhalt zwei neue Anlaufstellen für ihre Fragen zur Europäischen Union zur Verfügung. Die Europe Direct Informationszentren (EDIC) in **Halle** in Trägerschaft des DRK Landesverbandes und das EDIC **Magdeburg** bei der Landeszentrale für politische Bildung sind Teil der neuen Generation des EDIC-Netzes in Deutschland. 41 Zentren in allen Teilen Deutschlands wurden kurz vor Jahresende von der Europäischen Kommission in offener Ausschreibung ausgewählt.



Europaminister Rainer Robra gratulierte den erfolgreichen Bewerbern aus Sachsen-Anhalt und betonte die Bedeutung der EDICs als Eckpfeiler der dezentralen europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit im Land. „Die Europe Direct Informationszentren sind Bindeglied in der Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und unverzichtbare Partner für eine erfolgreiche und bürgernahe Europaarbeit im Land. Daher freue ich mich ganz besonders, dass für Sachsen-Anhalt als einziges Bundesland noch ein weiterer EDIC-Standort hinzugewonnen werden konnte“, so Robra.

Das EDIC-Netzwerk bietet den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten, praktische Informationen zu erhalten, Ratschläge zu ihren Rechten in der Europäischen Union einzuholen und aktuelle europapolitische Themen zu diskutieren. Die Europe Direct Informationszentren erhalten Zuschüsse von der Europäischen Kommission und sind ab sofort für drei Jahre tätig.

• Staatskanzlei - Pressemitteilung Nr.: 029/2018

Magdeburg, den 17. Januar 2018

5

ERRIN-Arbeitsgruppe Tourismus tagt

Am **26. Januar** 2018 kam die ERRIN-Arbeitsgruppe Tourismus zu einer Sitzung zusammen. Das Forschungs- und Innovationsnetzwerk europäischer Regionen (European Research and Innovation Network – ERRIN), dem mittlerweile mehr als 130 europäische Regionen angehören, ist eine Plattform zur Stärkung der regionalen Kompetenz auf dem Gebiet von Forschung und Innovation. Sachsen-Anhalt ist bereits seit 2010 ERRIN-Mitglied und zusammen mit unserer spanischen Partnerregion Valencia sowie mit Friaul-Julisch Venetien (Italien) und Aragon (Spanien) Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus.

In der Sitzung am 26. Januar 2018 im Brüsseler Regionalbüro von Wales präsentierte Eduardo Santander, Geschäftsführer der Europäischen Tourismuskommission (ETC), in der 32 nationale Tourismusorganisationen zusammengeschlossen sind, das so genannte „Europäische Tourismus-Manifest für Wachstum und Arbeitsplätze“. In diesem haben über 40 öffentliche und private Akteure aus dem Tourismusbereich die zukünftigen Herausforderungen auf europäischer Ebene für den Fremdenverkehr festgehalten, damit dieser als eine treibende Kraft für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Europa wirken kann. Das Manifest umfasst unter



anderem die Schwerpunkte Digitalisierung, Saisonalität, Kompetenzen und Qualifikationen, Nachhaltigkeit sowie Verkehrsanbindungen.

In einem zweiten Vortrag stellte Christina Nunez, Koordinatorin des Netzwerks der europäischen Regionen für wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Tourismus (NECSTouR) die Idee einer Plattform zur intelligenten Spezialisierung im Themenbereich Digitalisierung und Sicherheit für Tourismus vor. Durch interregionale und bereichsübergreifende Zusammenarbeit sollen dabei Investitionen im Bereich der Tourismusindustrie erhöht werden.

Beide Sprecher setzten sich in der anschließenden Diskussion für eine eigenständige Haushaltslinie für den Tourismus im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) ein, was der Bedeutung des Sektors für Europa entsprechen würde. • *dw/ja*

Weitere Informationen:

- Das Europäische Tourismus-Manifest: s. [hier](#)
- Plattform Digitalisierung und Sicherheit für Tourismus: s. [hier](#)

Diskussion zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 aus italienischer Perspektive im Ausschuss der Regionen (AdR)

Im Kontext der laufenden Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 haben sich bereits zahlreiche Akteure zu diesem wichtigen Thema geäußert. Als eine der ersten Institutionen überhaupt hat der AdR hierzu frühzeitig Stellung bezogen und schon im Mai 2017 die Stellungnahme "Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020" Stellung" verabschiedet. So war es dann auch Berichterstatter **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** persönlich, der am 29. Januar auf der Informationsveranstaltung gemeinsam mit Vertretern der Republik Italien die Position der dortigen nationalen Regierung zur zukünftigen Kohäsionspolitik diskutierte.

Claudio De Vincenti, Minister für territorialen Zusammenhalt & Süditalien, erinnerte an die gemeinsame europäische Bürgerschaft und positiven Effekte, die eine starke Kohäsionspolitik für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringe. Die Republik Italien sehe sich als Verfechter einer umfassenden Kohäsionspolitik, die auch zukünftig allen Regionen zugutekommen müsse. Obwohl Nettozahler, werde sich Italien für eine gleichbleibend adäquate Mittelausstattung einsetzen, da man sich der europäischen Solidargemeinschaft verpflichtet sehe.



StS Dr. Schneider würdigte die historische Errungenschaft der europäischen Kohäsionspolitik, da es in der Geschichte nie zuvor etwas Vergleichbares gegeben habe. Auch habe keine Politik eine derart umfassende wissenschaftliche Evaluierung ihrer Erfolge erfahren – und dies stetig über einen lang andauernden Zeitraum. Als Stimme der Regionen und Kommunen pflichte der AdR in den zentralen Punkten der Republik Italien überein, so StS. Dr. Schneider. Dies gelte beispielsweise bei der Aufrechterhaltung der Mittelausstattung, bei der Partizipation aller Regionen oder bei der Forderung nach einer Reduzierung des Verwaltungsaufwands für die Behörden und Begünstigte. Auch sei man einer Meinung, was die Stärkung des sog. territorialen Ansatzes angehe: Den Regionen müsse eine stärkere Autonomie bei der Fondsverwaltung eingeräumt werden, damit regionale Herausforderungen vor Ort besser angegangen werden können. • as

Fotos: © European Union / Giedre Daugelaite



ESF-Arbeitstreffen

Am **29. und 30. Januar** 2018 fand in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union das jährliche Arbeitstreffen der Europäischen Kommission mit den deutschen und österreichischen ESF-Verwaltungsbehörden statt.

Einleitend gab die Direktorin der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration Andriana Sukova-Tosheva einen Überblick über die anstehenden Herausforderungen (z.B. demografische Entwicklung und veränderte Anforderungen in der Arbeitswelt) und ging auf Rahmenbedingungen bei den anlaufenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen und die zukünftige Rolle des ESF im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ein. Sie erläuterte darüber hinaus die laufenden Rechtsetzungsaktivitäten zur Verwaltungsvereinfachung für die laufende Förderperiode 2014 bis 2020 (Omnibus-Verordnung).



In der Folge stand am Montag

eine Bestandsaufnahme zum Programmabschluss 2007/2013 auf der Agenda ebenso wie „Lessons learned – Abschluss-Prozess, Vereinfachung und gold plating im Audit-Bereich, Audit-Plan 2018 etc.“



Am Dienstag ging es im Schwerpunkt um die laufende Förderperiode. Dies umfasste das Thema „Umsetzung, Monitoring und Evaluierung“ und Fragen von Output- und Ergebnisindikatoren, Leistungsrahmen sowie Begründungen für Änderungen der Operationellen Programme. Daneben wurde auch der Stand der Rechnungslegung 2016/2017 erörtert.

Das diesjährige Arbeitstreffen mit annähernd hundert Teilnehmenden zeigte erneut, wie wichtig und hilfreich der Austausch der unmittelbar mit der Verwaltung der Strukturfonds befassten Personen mit der Europäischen Kommission und auch untereinander ist. • hf

Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung – MdEP Sven Schulze berichtet über aktuelle mittelstandsrelevante Themen im EU-Parlament

Der Arbeitskreis KMU, der sich aus deutschen und österreichischen Vertretern (u.a. auf Länder- und Verbandsebene) zusammensetzt und als informeller Kreis regelmäßig aktuelle Fragen mit KMU-Bezug diskutiert, tagte am **31. Januar** 2018 in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel.

Gastredner war **Sven Schulze, CDU-Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt**, der über aktuelle mittelstandsrelevante Themen im EU-Parlament berichtete. Er ist dort unter anderem Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL). Darüber hinaus fungiert Schulze als CDU-Generalsekretär in Sachsen-Anhalt.

Schulze berichtete über ein Bündel an Themen, die den Mittelstand tangieren und die ihm in seiner Ausschuss-Arbeit sowie in persönlichen Gesprächen mit Betroffenen begegneten, so beispielsweise die vorübergehende Entsendung von Arbeitnehmern durch ihren jeweiligen Arbeitgeber in ein anderes Land der EU, um dort grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen. Der dazugehörige Reformvorschlag der Entsenderichtlinie war





im März 2016 von der EU-Kommission vorgelegt worden. Sie hatte dabei unter anderem vorgeschlagen, den Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort zu etablieren, was deutlich über die Anforderungen der Mindestentlohnung der bestehenden Richtlinie hinausgeht. Schulze berichtete von der schwierigen Meinungsbildung innerhalb seiner Fraktion, aber auch im EU-Parlament insgesamt. Derzeit würden informelle Trilog-Gespräche

zwischen EU-Parlament, Rat und EU-Kommission geführt, um eine endgültige Einigung über die Reformvorschläge zu erzielen. Weitere Themen, die von Schulze angesprochen wurden: vorinsolvenzliche Sanierungsverfahren, Dienstleistungspaket, Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU, Russland-Sanktion der EU und vieles mehr. • *dw / Fotos: jsa*
Eintrag zu Sven Schulze in der Abgeordneten-Datenbank des EU-Parlaments: s. [hier](#)

Europäischer Ausschuss der Regionen – 127. Plenartagung

Vom **31. Januar bis 01. Februar** 2018 fand die 127. Sitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) im Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Brüssel statt. Bereits im Vorfeld der Tagung berichtete Staatssekretär **Dr. Michael Schneider** in der deutschen Delegation über die konstituierende Sitzung der **Task Force „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“** (siehe auch WS-Ausgabe 04/18). Dabei betonte er ausdrücklich, dass man nicht abstrakt über Subsidiarität sprechen wolle, sondern konkrete Vorschläge erarbeiten werde. Der AdR habe hierzu in den letzten Jahren gute Vorarbeit geleistet, die nun für die Arbeit der Task Force wertvolle Anregungen liefere, so StS Dr. Schneider.

Die Eröffnung der Plenartagung fand im Beisein von Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, statt. Gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften debattierte er über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2018. Timmermans erinnerte daran, dass dies das letzte Arbeitsprogramm mit konkreten



Legislativvorschlägen im auslaufenden Mandat sei, bevor im kommenden Jahr die Europawahl anstehe. Man sollte sich nun stärker bewusstwerden, dass nur die Qualität der Ergebnisse die Bürgerinnen und Bürger von Europa überzeuge. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen müsse man sich fragen, was Europa den Menschen anbieten könne, damit nicht nur in die Vergangenheit geblickt werde. Timmermans machte unmissverständlich klar, dass durch Mauern und Zäune die Fragen der Migration nicht gelöst werden könnten.



Langfristig sehe er in intelligenten Investitionen, direkt in den Herkunftsländern, den einzigen Lösungsweg. Es bedürfe aber auch endlich einer europäischen Solidarität aller Länder in dieser Frage.

Laut Timmermans wolle sich die Task Force „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“ insbesondere mit den einzelnen Verfahren befassen und überprüfen, ob diese ausreichend funktionieren. Es gehe darum, wie man die Gebietskörperschaften strukturell bei der Rechtssetzung und Umsetzung der Gesetze besser einbeziehen könne.

Daneben schilderte der portugiesische Ministerpräsident António Costa die Ziele einer Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, während Tomislav Donchev, stellvertretender Ministerpräsident von Bulgarien, die Prioritäten der bulgarischen Ratspräsidentschaft darlegte, unter anderem die besondere Berücksichtigung der Kohäsionspolitik.

Insgesamt standen 12 Stellungnahmen und drei Entschlüsse durch die Mandatsträger auf der Tagesordnung, zum Beispiel zur Zukunft des COSME-Programms, zu integrierten territorialen Investitionen (ITI), zur Förderung nahtloser Mobilitätslösungen sowie zur Förderung der Koexistenz mit konkurrierenden Arten im Rahmen der EU-Naturschutzinitiative. • as

Foto: Fred Guerdin



Jahresrückblick 2018 • Februar

Konsultssekretärsanwärter/innen besuchen Landesvertretung Brüssel



Im Rahmen einer einwöchigen Lehrbesichtigungsreise besuchte eine Gruppe von Konsultssekretärsanwärter/innen des Auswärtigen Amtes die Landesvertretung Brüssel am **5. Februar**. Sie informierten sich im Gespräch mit Mitarbeitern der Landesvertretung über die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union. Zudem wurde die gesamte Bandbreite der Tätigkeiten einer Landesvertretung den

interessierten Zuhörern näher gebracht. Abgerundet wurde der Besuch mit einer Führung durch die Liegenschaft, die eine bewegte Geschichte hinter sich hat. Nach den Plänen von Bauhaus-Schüler Franz Ehrlich zwischen 1966 und 1969 erbaut, diente das Gebäude am Boulevard Saint Michel 80 zunächst als Handelsvertretung und danach als Botschaft der ehemaligen DDR und wurde später von Sachsen-



11



Anhalt erworben und im Zuge einer umfassenden Rekonstruktion zu einem modernen „Zentrum der Regionen“ umgebaut. Die Brüsseler Repräsentanz von Sachsen-Anhalt bietet Interessenten aus den verschiedensten Bereichen hervorragende Möglichkeiten für Kontakte sowohl zu EU-Institutionen als auch zu Vertretern anderer EU-Mitgliedsstaaten und Regionen.

Im weiteren Verlauf ihrer Reise standen für die Gruppe die institutionellen Aspekte und Einzelfragen, die einen Bezug zur späteren konsularischen Tätigkeit haben (z.B. Visavergabe, Namensführung) im Mittelpunkt des Besuchsprogramms.

• dw/ja

Fotos: VH



DCRN-Treffen mit Schwerpunkt Kohäsionspolitik

„Kohäsionspolitik nach 2020 und Demografie“ – so lautete das Thema des vergangenen Treffens des „Netzwerks demografischer Wandel europäischer Regionen“ (DCRN) am **22. Februar** 2018 in Brüssel, das in der Vertretung der spanischen Region Extremadura abgehalten wurde.

Lewis Dijkstra, Referatsleiter Wirtschaftsanalyse in der Generaldirektion Regionalpolitik (GD Regio) der EU-Kommission, stellte den 7. Kohäsionsbericht vor, der eine Analyse des aktuellen Stands zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhaltes der EU liefert. Zwar hätten alle Regionen in dieser Beziehung zuletzt Erfolge verbuchen können, jedoch nicht alle im selben Tempo. Zahlreiche Regionen benötigten noch mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Herausforderungen, so z.B. aufgrund des demografischen Wandels.

Thomas Wobben, Direktor für Legislativtätigkeiten im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR), griff diese Erkenntnisse auf und äußerte sich aus Sicht des AdR, der hierzu bereits wichtige Stellungnahmen verabschiedet hat, so z.B. zur „Antwort der EU



auf die demografische Herausforderung“ und von Berichterstatter **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** zur „Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020“. Darüber hinaus warb Herr Wobben für die Kohäsionsallianz (#CohesionAlliance), unter der sich zahlreiche Partner und Institutionen versammeln, die der Ansicht sind, dass die Kohäsionspolitik der EU auch nach 2020 eine tragende Einrolle einnehmen muss.

Das Land **Sachsen-Anhalt**, welches zusammen mit der spanischen Region Kastilien & León den Vorsitz des DCRN bildet, weckte mit der Vorstellung des „Kompetenzzentrums Soziale Innovation“ großes Interesse unter den Teilnehmern. Vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration ins Leben gerufen, verfolgt das Kompetenzzentrum das Ziel, gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen mittels Kreativität und Innovationsfreude zu lösen. Gefördert wird dies mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds 2014-2020 (ESF) durch das Land Sachsen-Anhalt. • as / ak

Weitere Informationen zum DCRN, zum Kompetenzzentrum Soziale Innovation und zur Kohäsionsallianz unter:

www.dcrn.eu

<https://soziale-innovation.sachsen-anhalt.de/>

<http://cor.europa.eu/de/takepart/Pages/cohesion-alliance.aspx>

Jahresrückblick 2018 • März

Europäisches Migrationsforum in Brüssel

Am **6. und 7. März** 2018 fand in Brüssel das vierte Europäische Migrationsforum (EMF) mit dem Schwerpunkt „Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt“ statt.

Gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) organisiert, ist das EMF eine Plattform mit dem Ziel der Förderung und Verbesserung der Dialoge zwischen der Zivilgesellschaft und den Europäischen Institutionen. Dabei stehen insbesondere Asyl, Migration sowie die Integration von Drittstaatsangehörigen im Mittelpunkt.

Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, sagte in seiner Eröffnungsrede, dass es jetzt an der Zeit wäre, über den täglich zu vernehmenden Diskurs zu Migrationskrise hinaus zu gehen und sich darauf zu konzentrieren, wie Migration zu einer echten, dauerhaften Gelegenheit für uns alle werden könne. Er betonte, es sei notwendig und dringend, die Integration der Menschen voranzutreiben, die ein Aufenthaltsrecht für die EU erreicht hätten.

Der Präsident des EWSA, **Georges Dassis**, mahnte, dass die Mehrheit der Migranten vor Verfolgung, Krieg und diktatorischen Regimen geflohen sei. Sie verdienten ein neues Leben; daher müsse ihnen zu einer Normalität verholfen werden, zu der die Integration in den Arbeitsmarkt gehöre. Migration sei unter anderem ein Mittel, den Herausforderungen der alternden Bevölkerung und dem Erfordernis neuer Fähigkeiten für neue Formen der Arbeit zu begegnen.

Das Forum empfing mehr als 120 zivilgesellschaftliche Organisationen aus der ganzen EU wie auch Vertreter aus lokalen, regionalen und nationalen staatlichen Institutionen.

Die Einladung gegenüber **Sachsen-Anhalt** seitens der EU-Kommission erfolgte vor dem Hintergrund, dass im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes die Projekte „Regionales Übergangsmanagement“ (RÜMSA) und das virtuelle „Zentrum für Migration und Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalt“ (ZEMIGRA) geführt werden.



Beide Programme werden vom Forschungsinstitut Betriebliche Bildung und Verbundpartnern umgesetzt und aus Mitteln des ESF und des Landes Sachsen-Anhalt gefördert.

RÜMSA unterstützt die Kommunen des Landes bei der regionalen Gestaltung des Übergangs junger Menschen in einen Ausbildungsberuf. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Beratung und Begleitung junger Geflüchteter ins Erwerbsleben. Das Landesprogramm dient hier der Steuerung und

Abstimmung von Angeboten zur Förderung der Integration junger Geflüchteter unter 25

Jahren. Ebenso wie für ZEMIGRA (Informationen zur Arbeitsmarktintegration für ältere Zugewanderte) erfolgt dies durch die Unterstützung und Vernetzung diverser Akteure im Rahmen der Berufsfindung. Dabei nehmen Interessen, Bedürfnisse und Wünsche der Beteiligten eine zentrale Stellung im Geschehen ein. Das Land Sachsen-Anhalt hat es sich zum Ziel gemacht, die unübersichtliche Vielfalt an Angeboten, Ansprechpersonen, Kontaktstellen und lokalen Initiativen transparenter zu machen und in Prozessketten zu ordnen.

„Für die erfolgreiche berufliche Integration ist es wichtig, die verschiedenen Akteure zusammenzubringen, damit die Angebote vor Ort abgestimmt und passgenau die jungen Menschen erreichen“, um es in **Michael Steinbachs** Worten vom Forschungsinstitut Betriebliche Bildung zu formulieren, welcher im Auftrag des Ministeriums an der Veranstaltung teilnahm und die Erfahrungen aus den Projekten in Sachsen-Anhalt in den Workshops einbrachte. • *as/ml*



Weiterführende Informationen zu den genannten Projekten des Landes Sachsen-Anhalt unter:

- <https://ruemsa.sachsen-anhalt.de/>
- <https://zemigra.sachsen-anhalt.de/>

Weitere Informationen zum Migrationsforum mit weiterführenden Links zu Stellungnahmen des EWSA:

- <https://www.eesc.europa.eu/de/node/59704#downloads>

14

Europäisches Jahr des kulturellen Erbes



In der **Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt** bei der Europäischen Union in Brüssel fand am Mittwoch, dem **7. März** das vierte Stakeholder-Treffen zum Jahr des kulturellen Erbes statt mit dem Goethe-Institut und der KOM statt.

Für das Jahr 2018, dem European Year of Cultural Heritage (EYCH), hat die KOM entschieden einen speziellen Call „Voices of Culture and Heritage“ zu veröffentlichen. Das

Ziel dieses Calls ist es, den Dialog mit der Zivilgesellschaft und Stakeholdern zu eröffnen auf dem Feld des kulturellen Erbes, um den Austausch von Ideen, Informationen und zu geplanten Aktivitäten zu fördern während des EYCH. Der speziell entwickelte Call umfasst bis zu 6 Meetings der Voices of Culture and Heritage Group in Brüssel, von denen drei bereits 2017 stattgefunden haben.

Weitere Informationen zur Projektbeschreibung finden sich auf der Web-Site: [Link](#)

Zur Begrüßung verwies der **Staatssekretär für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt Dr. Gunnar Schellenberger** darauf, dass das Europäische Kulturerbejahr 2018 uns wichtige Impulse geben kann, wieder neu zu begreifen, was uns in Europa miteinander verbindet. Dies werde auch in Sachsen-Anhalt deutlich. Er verwies auf die Straße der Romanik, die Feierlichkeiten zum 500. Reformationsjubiläum und das anstehende Bauhausjubiläum im Jahr 2019 und betonte, dass sich das Land der Verpflichtung stelle, die Kulturschätze Sachsen-Anhalts mit der Unterstützung der EU zu bewahren.



Im Anschluss führte **Michel Magnier**, Direktor für Kultur und Kreativität der Generaldirektion Bildung und Kultur der KOM in das Thema und das Tagesprogramm ein. Beim vierten Stakeholder-Treffen zwischen der EU-Kommission und der Zivilgesellschaft ging es zentral um einen Austausch und ein Update zu bereits stattgefundenen und auch noch künftig geplanten Aktivitäten und Veranstaltungen auf europäischer und nationaler Ebene, um gemeinsam möglichst

gut das Kulturerbejahr 2018 zu nutzen. Am Nachmittag beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Frage, wie aus dem Europäischen Kulturerbejahr das Beste zu machen sei und wie man die Auswirkungen des Jahres durch effiziente Kommunikation maximieren kann. Die sehr lebhaft auch aus dem Publikum geführten Diskussionen sorgten für einen lohnenswerten Effekt für alle Beteiligten. • cj

Weitere Informationen:

Zum Europäischen Kulturerbejahr 2018 [Link](#)

15

Gemeinde Barleben in neuer europäischer Peer-to-Peer Initiative

Am **8. März** 2018 trat in Brüssel zum vierten Mal die "Task Force on Ukraine" des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) zusammen, mit dabei auch **Sören Herbst, AdR-Mitglied aus Sachsen-Anhalt (EVP-Fraktion)**. Die Task Force informierte sich zunächst aus erster Hand über den Stand der Dezentralisierungs-Reform in der Ukraine. Die Bürgermeister von drei neuen Einheitsgemeinden, Vertreter zweier Regionen sowie der stellv. Minister für regionale Entwicklung, Vyacheslav Nehoda, nahmen an dem Treffen teil. Für die Europäische Union waren unter anderem Peter M. Wagner, Leiter der Support Group for Ukraine der EU-Kommission sowie Mitarbeiter des EU External Action Service zugegen. „Die Dezentralisierung darf zurecht als die Wichtigste aller Reformen in der Ukraine bezeichnet werden, denn zum ersten Mal in der Geschichte des Landes erhalten die lokalen Gebietskörperschaften weitreichende Befugnisse. Bürgermeister und Gemeinderäte der neu zusammengelegten

Gemeinden tragen nun wesentlich mehr Verantwortung und die Bürger schauen viel genauer hin, was ihre gewählten Repräsentanten eigentlich tun, und ob sie es gut tun“, so Sören Herbst.

Im Anschluss fand die Auftaktveranstaltung für eine neue „Peer-to-Peer“-Initiative der Task Force Ukraine und des „U-LEAD with Europe“-Programms der EU-Kommission und weiterer Partner statt. Hierbei werden drei ukrainische Einheitsgemeinden sowie zwei Regionen mit der gleichen Anzahl an Gebietskörperschaften aus Mitgliedsstaaten der EU in Verbindung gebracht, um in den Austausch zu aktuellen Themen zu treten sowie partnerschaftlich an der Entwicklung ihrer Gemeinden mitzuwirken. Eine der drei ausgewählten EU-Gemeinden ist die **Einheitsgemeinde Barleben aus Sachsen-Anhalt**, die durch **Sven Fricke**, Leiter des Unternehmerbüros der Gemeinde Barleben, vertreten wurde. Barlebens Partner innerhalb der Peer-to-Peer-Initiative ist die ukrainische Gemeinde Shyroke aus der Region Saporischschja. Zu dieser Region, deren Gebietshauptstadt Saporischschja seit 2008 Partnerstadt der **Landeshauptstadt Magdeburg** ist, unterhält das Land Sachsen-Anhalt seit einigen Jahren Kontakte.

In einem Workshop unter der fachkundigen Leitung der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), arbeiteten die Vertreter Barlebens und Shyrokes heraus, das Thema Unterstützung bzw. Ansiedlung von kleinen und mittelständigen Unternehmen (KMU) in den Vordergrund der Kooperation zu stellen. Vor wenigen Wochen hatten Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung Shyroke



bereits Barleben besucht und sich dort unter anderem intensiv mit dem dortigen Technologiepark sowie dem Konzept eines Innovations- und Gründerzentrums auseinandergesetzt. Sven Fricke: „Ich freue mich sehr, dass wir mit unserer erfolgreichen Arbeit an dem im Herzen Europas gelegenen Wirtschaftsstandort Barleben ein gutes Beispiel für die internationale Zusammenarbeit geben und die Gemeinde Shyroke mit unserem Know-how unterstützen können.“

Foto v.l.n.r. Denis Korotenko (Bürgermeister Gemeinde Shyroke), Viktoria Agentaeva (Entwicklungsagentur Gemeinde Shyroke), Sören Herbst (AdR), Sven Fricke (Leiter Unternehmerbüro Gemeinde Barleben) Foto: AdR • *Gastartikel*

Bessere Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung – Länderarbeitskreis Umwelt diskutiert die aktuellen Entwicklungen

Im Mai 2016 leitete die Kommission eine [Überprüfung](#) der Umsetzung des Umweltrechts in den Mitgliedstaaten (Environmental Implementation Review – EIR) ein. In einem zweijährigen Zyklus werden der Stand der Umsetzung analysiert und sofern der Mitgliedstaat bereit ist, Dialoge mit der Kommission geführt, um die Umsetzung des EU-Rechts zu verbessern. Ein

wesentliches Element dieses Prozesses ist das TAIEX-EIR Peer 2 Peer – ein Austausch von Fachwissen zwischen den jeweils zuständigen Behörden verschiedener Mitgliedstaaten. Am Donnerstag, dem **8. März** 2018 traf sich der deutschsprachige Länder-Arbeitskreis in der **Landesvertretung von Sachsen-Anhalt**, um mit Vertretern der EU-Kommission die aktuellen Entwicklungen im EIR - Prozess zu diskutieren. Ebenso wurden die Möglichkeiten der Länder, sich in das Peer 2 Peer Instrument einzubringen, erörtert. Auch Mitarbeiter/innen von Landes- oder kommunalen Behörden oder Unternehmen, die mit der Ausführung öffentlicher Aufgaben betraut sind, können sich in einem Expertentool registrieren lassen. Für Experten- bzw. Studienreisen aus oder in andere Mitgliedstaaten sowie die Organisation internationaler Workshops kann eine Finanzierung durch die EU-Kommission beantragt werden. • ms

Mehr zu Taiex-EIR-Peer 2 Peer erfahren Sie [hier](#) und zu EIR [hier](#)

Schülergruppe besucht Landesvertretung Brüssel

Im Rahmen einer fünftägigen Studienreise lernte eine Gruppe von 50 Schülern des Burger Roland-Gymnasiums am **12. März** die Landesvertretung in Brüssel kennen. Zuvor besuchten sie die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament und hörten Vorträge zu deren Rolle in der EU.

Bei einer Führung durch die Liegenschaft wurden die interessierten Besucher von Frau Dr. Franz, Leiterin der Landesvertretung, über die Geschichte des Gebäudes als Botschaft der ehemaligen DDR bis hin zur Entstehung des „Zentrums der Regionen“ informiert. Zudem wurden der Gruppe sowohl die Funktion, als auch die gesamte Bandbreite der Tätigkeiten der Vertretung des Landes bei der EU nähergebracht.

Neben dem Engagement für die Interessen Sachsens-Anhalts auf EU-Ebene gehört auch die Planung und Umsetzung verschiedenster Veranstaltungsformate zur Vorstellung und Repräsentation des Landes. Es sollen das Interesse am Land geweckt, und Kontakte vermittelt werden. Frau Dr. Franz betonte, dass nur durch kooperative Zusammenarbeit bevorstehenden Herausforderungen wie dem Brexit begegnet werden könne. Dabei ist das gemeinsame Wirken zwischen den sachsen-anhaltischen Institutionen und der Landesvertretung in Brüssel, sowie den Partnerregionen des Landes und dem Ausschuss der Regionen von zentraler Bedeutung. Im weiteren Reiseverlauf standen für die Schülergruppe die kulturelle Erkundung Brüssels und ein Ausflug nach Brügge auf dem Besuchsprogramm. • ja



17



Besuch des Präsidiums des Landtages von Sachsen-Anhalt beim Flämischen Parlament

Das Präsidium des Landtages vom Sachsen-Anhalt besuchte auf Einladung des Flämischen Parlaments am **14. und 15. März** 2018 Brüssel.

Zum Auftakt informierten sich Landtagspräsidentin **GABRIELE BRAKEBUSCH** (CDU) sowie die Vizepräsidenten **WILLI MITTELSTÄDT** (AfD) und **WULF GALLERT** (LINKE) im Amtssitz der flämischen Regierung am Beispiel Flanderns über die verfassungsrechtliche Stellung der Regionen und Sprachgemeinschaften im belgischen Staatsgefüge und hatten Gelegenheit, darüber mit Vertretern des flämischen Außenministeriums ins Gespräch zu kommen. Dabei kamen neben den im Vordergrund stehenden



Fragen des Parlamentarismus auch kulturelle, wirtschaftliche und haushaltspolitische Aspekte sowie Parallelen und Unterschiede zum föderalen System in Deutschland zur Sprache.

Es folgte ein Rundgang im Palais des Beaux-Arts (BOZAR), wo eine Ausstellung mit Fotografien von Dirk Braeckman im Mittelpunkt stand. Der Künstler war persönlich anwesend und erläuterte den Gästen seine Werke.

Der Abend wurde abgerundet mit einem vom Präsidenten des Flämischen Parlaments, JAN PEUMANS, gegebenen Essen. Daran nahm eine Reihe von Abgeordneten verschiedener Parteien des Flämischen Parlaments teil, die alle ihre Gastfreundschaft dadurch zum Ausdruck brachten, dass die Konversation auf Deutsch geführt wurde. Die Atmosphäre war trotz des breiten Parteienspektrums von heiterer Gelassenheit geprägt, ohne dabei den fachlichen Austausch aus dem Auge zu verlieren.

Der zweite Besuchstag begann mit einer Begrüßung der Delegation durch zahlreiche Abgeordnete im Gebäude des Flämischen Parlaments und der Eintragung in das Goldene Buch. Der gastgebende Präsident nutzte den anschließenden Gang durch das Haus für Erläuterungen zur Bau- und Parlamentsgeschichte und lud seine Amtskollegin aus Sachsen-Anhalt zu einer Sitzprobe auf seinem Sessel in dem architektonisch sehr interessanten Plenarsaal ein.

Den Einstieg in die anschließende Diskussion zu Fragen des Tourismus und dessen Förderung bildete ein Vortrag des Direktors der flämischen Tourismusagentur, PETER DE WILDE, der die Besonderheiten des Marketingkonzeptes seiner Einrichtung sowie wichtige inhaltliche Schwerpunkte, darunter die Konzentration auf die Flämischen Meister als Gästemagnet, erläuterte. Der Kreis der Teilnehmer an der simultan verdolmetschten Runde war auf Seiten der Gastgeber gegenüber dem Vorabend nochmals erweitert worden war. Es nahmen mehrere Fraktionsvorsitzende teil, unter ihnen der durch sein Buch „ZUSAMMEN LEBEN: MEINE REZEPTE



GEGEN KRIMINALITÄT UND TERROR“ in jüngster Zeit auch in Deutschland bekannt gewordene Bürgermeister der Stadt Mechelen, BART SOMERS teil, der für die flämischen Liberaldemokraten im Parlament sitzt.

Beim abschließenden Mittagessen im Parlamentsrestaurant über den Dächern Brüssels stieß der deutsche Botschafter beim Königreich Belgien, RÜDIGER LÜDEKING, zur Runde. An den von den Gastgebern mit großer Umsicht besetzten Tischen entspannen sich interessante Diskussionen um die Fortentwicklung des föderalen Parlamentarismus sowie aktuelle Fragen von Geschäftsordnung und Plenarkultur. Auch zeitliche Optionen für einen Gegenbesuch des Flämischen Parlaments in Magdeburg wurden erörtert.

Der gesamte Besuch wurde vom Generaldelegiertem der Regierung Flanderns in Deutschland, KOEN HAVERBEKE, begleitet. Ihm galt der besondere Dank der Gäste für seine hervorragende Organisation. • *Gastartikel*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#)

Besuch in der Landesvertretung aus der Altmark

Eine Gruppe um Herrn Dr. Frank Dreihaupt, bis 2016 langjähriger Präsident der Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt, besuchte im Rahmen ihrer viertägigen Informationsreise in die „Hauptstadt Europas“ die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt am **16. März** 2018.

Die aus 15 Personen bestehende Gruppe, welche in Brüssel untergebracht war, wurde von Frau Dr. Franz in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU in Empfang genommen und durch das Haus geführt.

Auf dem Programm der Gruppe stand darüber hinaus nicht nur der Besuch des Brüsseler Büros der Bundeszahnärztekammer und der Schlachtfeldes von Waterloo, sondern auch eine Führung durch das Europaviertel und die Besichtigung des Atomiums, welches als besonderes Wahrzeichen der Stadt bekannt ist. • *afk*



Ausschuss der Regionen – 128. Plenartagung

Am **22./23. März** 2018 fand in Brüssel die 128. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament statt.

Eröffnet wurde das Plenum mit einer Debatte über die Integration von Migranten und den sozialen Zusammenhalt. **Dimitris Avramopoulos**, EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, stellte sogleich klar, dass die gelungene Integration von Migranten für den Zusammenhalt Europas von wesentlicher Bedeutung sei. Die gelebte Solidarität innerhalb der europäischen Gemeinschaft dürfe hierbei nicht an Bedeutung verlieren, da dies das Ende der EU in ihrer jetzigen Form bedeuten würde. Es sei sehr besorgniserregend, dass die Zuwanderung Grundwerte wie Solidarität in Frage stelle. Entgegen der Prinzipien einer offenen Gesellschaft verweigerten einige Mitgliedstaaten die Übernahme von Verantwortung. Europa müsse als Antwort eine umfassende und ganzheitliche Migrationspolitik beschließen, die auch mehr legale Zuwanderungskanäle nach Europa ermögliche. Den Populisten und der davon ausgehenden Gefahr für die Demokratien könne man somit das Handwerk legen. An die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften gerichtet, ließ Kommissar Avramopoulos wissen, dass diese an vorderster Stelle bei der Integrationsleistung stehen und dies nicht alleine bewältigen können. Im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wolle man daher den Zugang zu EU-Fördermitteln für Integrationsleistungen für lokale und regionale Behörden erleichtern.



Foto: European Union / Fred Guerdin

20

Am zweiten Tag würdigte **Johannes Hahn**, EU-Kommissar für europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, die Arbeit des AdR hinsichtlich der Einbeziehung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die transnationalen Kooperationen in der EU. Lokale und regionale Behörden spielen demnach eine wichtige Rolle als „Anker der Stabilität“, wenn es um den sozioökonomischen Zusammenhalt gehe. Und diese Stabilität diene wiederum als Antriebsmotor der Erweiterung: „Entweder wir exportieren Stabilität oder wir importieren Instabilität“, wenn es um die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik gehe, so Kommissar Hahn.



Foto: European Union / Patrick Mascart

Sören Herbst, Mitglied im Stadtrat von Magdeburg und stellvertretendes Mitglied im AdR, verwies in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten des AdR mit den daraus resultierenden konkreten Vorschlägen und Maßnahmen, welche die übergeordnete EU-Politik unterfüttern. So spiele die lokale und regionale Ebene auch „bei der Umsetzung der östlichen EU-Partnerschaftsziele“ eine bedeutende Rolle.

Auf der Plenartagung standen insgesamt zehn Stellungnahmen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene an, u.a. zur Förderung des Breitbandausbaus, zur Europäischen Bürgerinitiative sowie zur Halbzeitbewertung des ESF. • as

Ausschuss der Regionen – Debatte zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020



Am **21. März** 2018 fand eine Debatte im Ausschuss der Regionen (AdR) zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 statt. Dabei stellten die spanischen Regionen ihr unlängst erschienenenes mit dem nationalen Finanzministerium abgestimmtes Positionspapier vor, um damit eine Diskussion mit den anwesenden Vertretern der Kommission und anderen Regionen zu ermöglichen. Herr **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** eröffnete in seiner Funktion

als AdR-Berichterstatter zur Zukunft der Kohäsionspolitik die Veranstaltung mit einem Impulsvortrag und moderierte die anschließende Diskussion.

Herr StS Dr. Schneider begrüßte zunächst die Übereinstimmung der Position der spanischen Regionen mit den Forderungen der AdR-Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik. Dies trage zur Stärkung der vom AdR und von den spanischen Regionen gemeinsam getragenen Kohäsionsallianz bei. Mit Blick auf die großen historischen Erfolge der Kohäsionspolitik und der im aktuellen Kohäsionsbericht der Kommission festgehaltenen bestehenden interregionalen Entwicklungsdivergenzen Europas sei eine starke Kohäsionspolitik auch zukünftig von enormer Bedeutung. Hierzu habe die Stellungnahme des AdR gute Vorschläge in die Diskussion eingebracht, darunter eine angemessene Finanzausstattung zur Förderung aller Regionen sowie die Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der zuständigen Behörden vor Ort. In diesem Zusammenhang wies er auf die unlängst eingerichtete Taskforce Subsidiarität hin, in der er den AdR vertrete und die aktuell die dringend notwendige Vereinfachung der Strukturfondsimplementierung bearbeite.



Ein Vertreter des spanischen Finanzministeriums betonte die fortwährende Bedeutung der Kohäsionspolitik für die Bewältigung der Herausforderungen Spaniens, darunter unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit, ausbleibende öffentliche Investitionen und Innovationsschwächen in KMU.

Vertreter der spanischen Regionen Valencia, Kantabrien und Galizien setzten sich für eine flexiblere Kohäsionspolitik nach 2020 ein, die stärker auf die Bedürfnisse der Regionen eingehe. Gesellschaftliche Herausforderungen wie soziale Inklusion, demografischer Wandel und der industrielle Strukturwandel in Zeiten der Digitalisierung müssten verstärkt in den Fokus gerückt werden.

De Michelis, Kabinettschef der Kommissarin für Regionalpolitik Cretu, erklärte, dass es die Kohäsionspolitik nach 2020 zur Bewältigung der vielen Herausforderungen Europas für alle Regionen beizubehalten gelte. Hinsichtlich der Gestaltung der Politik denke man über stärkere Schwerpunktsetzung und zusätzliche Flexibilität für die Wahl von Investitionsprioritäten nach. Um bessere Gestaltungsmöglichkeiten auf EU-Ebene zu schaffen, befürworte man die Einführung eines zehnjährigen Haushalts mit einer Halbzeitevaluierung nach 5 Jahren. Der Haushalt werde allerdings ohne Erhöhungen zur Förderung neuer Prioritäten wie Verteidigung die Kohäsions- und Agrarpolitiken belasten müssen. Strukturreformen zur effektiven Implementierung der Strukturfonds seien ferner notwendig und sollten mit einer Förderung des Ausbaus von Verwaltungskapazitäten einhergehen. • df

Bildquelle: European Union / Nuno Rodrigues

Filmland Sachsen-Anhalt in Brüssel



Im Rahmen der diesjährigen Filmland-Veranstaltung am **21. März** 2018 stellte die Landesvertretung in Brüssel die Filme „Timm Thaler oder das verkaufte Lachen“ sowie „Kundschafter des Friedens“ vor.

Die Geschichte Timm Thalers erzählt von einem Jungen, welcher in einer schweren Lebensphase sein unschuldiges und unwiderstehliches Lachen verkauft. Der sonderbare Tausch mit dem Baron Lefuet sieht vor, dass Timm Thaler künftig jede Wette gewinnt, jedoch hierfür dem Baron sein Lachen abtritt. Zwar kann sich Timm Thaler nach Vertragsschluss jeden Wunsch erfüllen, jedoch verliert er nicht nur sein Lachen und damit seine Freude am Leben, sondern wird zugleich einsamer als er es je gewesen ist. Nur mit der Hilfe seiner Freunde Ida und Kreschimir hat Timm Thaler die Chance, den Baron zu überlisten.



Im November 2015 begannen die Dreharbeiten in Halle an der Saale, wo sie Mitte Dezember 2015 auch beendet wurden, dabei unter anderem gefördert mit 750.000€ der Mitteldeutschen Medienförderung. Der Film wurde nicht nur dreifach für den Deutschen Filmpreis 2017 nominiert, sondern auch für den Goldenen Spatz 2017 sowie für den Preis der deutschen Filmkritik 2017.



Im Anschluss an die Filmvorführung bekamen die Kinder nicht nur die Gelegenheit, der Produzentin Constanze Guttman Fragen rund um den Film und die Produktion zu stellen, sondern auch, bei einem entsprechenden Quiz tolle Timm Thaler Preise zu erlangen.

Ein kleiner Empfang bot den Gästen die Möglichkeit verschiedener Gespräche mit Constanze Guttman und Robert Thalheim, deutscher Regisseur und Drehbuchautor.



Nach der Begrüßung seitens Frau Dr. Franz, Leiterin der Landesvertretung in Sachsen-Anhalt, begann die Vorführung des Filmes „Kundschafter des Friedens“.

Dieser handelt von der Befreiung eines Übergangspräsidenten, welcher für die Wiedervereinigung Ost- und Westkatschekistans eingesetzt werden soll, jedoch in Katschekistan, einer geteilten ehemaligen Sowjetrepublik, zusammen mit einem BND-Agenten entführt wird. Begleitet von der Analytikerin Paula bekommt der Pensionär Jochen Falk, ehemaliger Top-Spion der DDR, den Auftrag, gemeinsam mit seinem alten Team nach Katschekistan zu fliegen und die Befreiungsaktion durchzuführen. Was der BND jedoch nicht weiß: Falk wurde vor knapp 30 Jahren vom besagten BND-Agenten verraten und hat eine entsprechend persönliche Rechnung mit diesem offen. Nachdem zu Beginn die Mission zu scheitern droht, da nichts wie geplant funktioniert, schaffen die ehemaligen DDR-Agenten dennoch, sich ihrer damaligen Fähigkeiten zu besinnen.



Neben Ballenstedt war auch das Luftfahrtmuseum in Wernigerode einer der Drehorte des Filmes von Robert Thalheim, welcher im Anschluss zur zweiten Filmvorstellung nicht nur Publikumsfragen zu Produktion und Hintergründen des Filmes beantwortete, sondern auch Einblicke in die Evaluation des Filmes vermittelte – so beispielsweise die differenzierten Auffassungen des Filmes zwischen den alten und neuen Bundesländern.

Für das Engagement Constanze Guttmanns und Robert Thalheims bedankt sich die Landesvertretung ganz herzlich. • afk



Besuchergruppe - Gymnasium Barleben



Nach ihrem Aufenthalt in Frankfurt am Main reiste die 17-köpfige Schülergruppe aus dem Gymnasium in Barleben in Begleitung zweier Lehrer in Brüssel an.

Am Abend des **21. März 2018** hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, an der Veranstaltung „Film- und Sach-Anhalt“ in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel teilzunehmen.

Am darauf folgenden Morgen ging es nicht nur in den Ausschuss der Regionen, sondern auch in das Europäische Parlament, wo die Gruppe sich mit Sven Schulze, Mitglied des Europäischen Parlaments, traf.

Ab 15 Uhr stand ein Einblick in die Arbeit der Landesvertretung Sachsen-Anhalts aus einem ganz anderen Standpunkt heraus bevor. In einem Gespräch mit Frau Dr. Franz gewann die Gruppe einen Einblick in die Aufgaben und die Arbeitsweise der Landesvertretung. Hierbei bot sich für die Schülerinnen und Schüler insbesondere die Möglichkeit, aufgekommene Fragen beantworten zu lassen. • afk

Jahresrückblick 2018 • April

Themenorientierte Seminar- und Informationsreise „Digitalisierung“

Im Rahmen einer themenorientierten Seminar- und Informationsreise für Führungskräfte der obersten Landesbehörden Sachsen-Anhalts nahmen 19 Führungskräfte aus verschiedenen Ministerien, dem Landesrechnungshof und der Landtagsverwaltung vom **9. bis 11. April** an einer Fortbildung zum Thema „Digitalisierung“ in Brüssel teil.

Der erste Tag stand ganz im Zeichen eines **Informationsbesuchs bei der EU-Kommission** im Charlemagne-Gebäude. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde es ermöglicht, sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus unterschiedlichen Generaldirektionen zu Digital-Themen auszutauschen, die für Sachsen-Anhalt von besonderem Interesse sind. So berichtete



beispielsweise Paul Nemitz, Generaldirektion Justiz und Verbraucher (GD JUST), über die Auswirkungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung, deren Maßgaben ab 25. Mai 2018 verbindlich in allen EU-Mitgliedstaaten einzuhalten sind.

Quelle: EU-Kommission

Maximilian Strotmann, Mitglied im Kabinett von Vizepräsident der EU-Kommission Andrus Ansip, informierte anschließend über die Fortschritte bei der Europäischen Strategie zum Digitalen Binnenmarkt, die eine der 10 Prioritäten der aktuellen EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker ist. Auf dem Programm standen des Weiteren die Punkte Breitbandausbau und ländlicher Raum, Cybersicherheit sowie ein einführender Vortrag in der Arbeit der EU-Kommission als politische Exekutive der EU. Vervollständigt wurde der Tag durch einen Besuch im Brüsseler Büro von Microsoft und die Teilnahme an einer Abendveranstaltung mit dem Titel „Digitalisierung der mittelständischen Industrie“ in der EU-Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen, u.a. mit EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel als Hauptrednerin.

Am zweiten Tag besuchten die Führungskräfte das **EU-Parlament** und tauschten sich mit **Arne Lietz** (SPD), Europaabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, zu tagesaktuellen Digital-Themen und zur Rolle Sachsen-Anhalts in Europa aus. Bei einem Besuch des Plenarsaals im EU-Parlament konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sodann die weiteren Eindrücke zu dieser europäischen Institution gewinnen. Zum Abschluss ging es für die Gruppe in die Landesvertretung von Sachsen-Anhalt.



Dort standen Vorträge zum E-Government auf europäischer Ebene sowie zur Entwicklung von Kompetenzen in der digitalen Welt / Arbeit 4.0 auf der Agenda.

Quelle: EU-Parlament

Mit zahlreichen Erkenntnissen und neuen Anregungen für die eigene Arbeit machte sich die Gruppe wieder auf den Weg in Richtung Magdeburg, wo demnächst ein Auswertungsworkshop stattfinden wird. • *dw*

Besuchergruppe: BBS IV Magdeburg

Die fünftägige Studienreise der Berufsbildenden Schule IV Magdeburg begann am Samstag, dem **7. April 2018**, als unter der Leitung von Herrn Martin Köhler knapp einhundert Schülerinnen und Schüler sich in die vierfache Hauptstadt Brüssel begaben.

26

Das Wochenende gestaltete die Gruppe mit der Besichtigung des historischen Stadtkerns, einer Stadtrundfahrt und der Besichtigung der Gedenkstätte und des Museums Waterloo aus, bevor es dann am Montag-Vormittag, aufgeteilt in zwei Gruppen, abwechselnd in die Europäische Kommission und das Europäische Parlament ging.

Am Nachmittag stand ein Besuch der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU bevor, wo die gesamte Gruppe von Frau Dr. Franz in Empfang genommen wurde. Im großen Saal der Landesvertretung bot sich den Beteiligten nicht nur ein Vortrag zu den Aufgaben und der Arbeitsweise der Vertretung,



sondern auch die Möglichkeit, unterschiedlichste Fragen zu stellen. Dabei bestand die Chance, mit zwei der aktuellen Praktikanten der Landesvertretung ins Gespräch zu kommen und mehr über ihren Alltag beim Praktikum und in Brüssel zu erfahren.

Den Abschluss des Aufenthaltes gestaltete man mit einer Fahrt nach Antwerpen, bevor es am Mittwoch wieder zurück nach Magdeburg ging. • *afk*

Gruppe des Aus- und Fortbildungsinstituts Sachsen-Anhalt in Brüssel

Eine Gruppe des Aus- und Fortbildungsinstituts Sachsen-Anhalt besuchten am Mittwoch, den **11. April 2018** im Rahmen ihres mehrtägigen Aufenthalts die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU in Brüssel. Die Anreise war aufgrund der Verkehrssituation mühsam.

Nach der Ankunft am Montag in Brüssel, ging es gleichwohl direkt zu einem Rundgang durch die Liegenschaft, verbunden mit einem Vortrag über die



Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung. Es schloss sich unmittelbar eine Tour zur Besichtigung des historischen Stadtkerns an.

Der Donnerstag stand ganz im Zeichen der europäischen Institutionen: Auf dem Programm waren ein Besuch des Ausschuss der Regionen, des Europäischen Parlaments und der europäischen Kommission.

Vor der Abfahrt in Richtung Heimat am Freitag gab es dann noch die Möglichkeit, die Arbeit des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kennenzulernen. • hf

Ausschuss der Regionen – Konferenz zu den Herausforderungen europäischer Übergangsregionen

27

Am **19. April 2018** fand eine Konferenz im Ausschuss der Regionen (AdR) zu den Herausforderungen von Übergangsregionen und der Rolle der zukünftigen Kohäsionspolitik in der Bewältigung dieser Problemstellungen statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom AdR und der belgischen Region Wallonien organisiert. Sachsen-Anhalt wurde dabei von Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Bevollmächtigter des Landes beim Bund vertreten. Als AdR-Berichterstatter zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 konnte er zudem wertvolle Einblicke in die Lösungsansätze der Kohäsionspolitik für die im Rahmen der Konferenz identifizierten Problemlagen geben.



Der Präsident des AdR, Lambertz, betonte zu Beginn die Notwendigkeit einer starken Kohäsionspolitik nach 2020 entsprechend den Forderungen der AdR-Stellungnahme von StS Dr. Schneider, um durch wirksame Investitionen die Zukunft Europas abzusichern.

Borsus, Präsident der Region Wallonien, unterstrich die Rolle der Kohäsionspolitik in der Begleitung des laufenden Strukturwandels insbeson-

dere in ehemaligen Industriegebieten in Zeiten der Digitalisierung.

Seitens der Kommission skizzierte Andersson-Pench, Direktorin in der Generaldirektion für Regionalpolitik, die besonderen Herausforderungen, die sich aus den spezifischen Wirtschaftsstrukturen, unterdurchschnittlichen Innovationskapazitäten und Bildungsschwächen für Übergangsregionen in der EU ergeben.

Herr StS Dr. Schneider betonte zunächst die Notwendigkeit, statistische Effekte des Brexit auf die Förderkulisse der Übergangsregionen zu unterbinden. Er plädierte für einen fortwährenden gemeinsamen EU-Ansatz zur Bewältigung der Herausforderungen der Übergangsregionen, da ansonsten eine harmonische Entwicklung gemäß der EU-Verträge nicht möglich sei. Es bedürfe gezielter und umfassender Investitionen in die Wirtschaftsstrukturen der Übergangsregionen, um das langfristige Ziel der eigenständigen und nachhaltigen Entwicklung in den Regionen zu erreichen. In Sachsen-Anhalt werde dies durch den demografischen Wandel verdeutlicht, der durch eine abwanderungsbedingte Abwärtsspirale u.a. zum Rückgang der Erwerbspersonen führe. Perspektivisch kann dieser Prozess aufgrund rückgehender Einnahmen und Investitionen ohne Strukturfondsförderung nicht aufgehalten werden. Um die Förderung effektiver zu gestalten, müsse man nach dem Subsidiaritätsprinzip mehr Flexibilität für die zuständigen Behörden schaffen und substantielle Vereinfachungen herbeiführen.

Der Vizepräsident der Region Hauts-de-France setzte sich für eine Anpassung der Indikatoren für die Fördermittelverteilung nach 2020 zur besseren Berücksichtigung der mannigfaltigen Herausforderungen der Übergangsregionen ein, darunter Arbeitslosigkeit und Innovationsschwäche.



De Diego, stellv. Ministerin für Raumplanung, ergänzte dies durch ein Plädoyer für eine stärkere Berücksichtigung der demografischen Herausforderungen der Regionen.

Abschließend betonte der Landtagspräsident des österreichischen Burgenlandes, Illedits, die Notwendigkeit der Stärkung der Europäischen Sozialen Säule mit Strukturfondsmitteln, um insbesondere die Strukturprobleme

des Arbeitsmarktes anzugehen. Ebenso gelte es, die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit nach 2020 umfassender zu dotieren, um den Zusammenhalt Europas nachhaltig zu stärken. • df

Der Wolf: Gekommen, um zu bleiben

Am Donnerstag, dem **12. April 2018** fand in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU die Veranstaltung „Der Wolf: Gekommen, um zu bleiben. Wie gelingt die Integration des großen Beutegreifers in unserer modernen Kulturlandschaft?“ statt.

Sachsen-Anhalts

Landwirtschaftsministerin **Prof. Dr.**

Claudia Dalbert, Krzysztof Głowczyński, Direktor des Welski Naturparkes Lidzbark in Ermland-Masuren, Dr. Elsa Nickel, Referatsleiterin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Nicola Notaro, Referatsleiter „Naturschutz“ der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission und Swen Keller, Schäfer und Ausbilder von Herdenschutzhunden aus Sachsen-Anhalt legten ihre Sichtweisen in der Frage, wie eine erfolgreiche Koexistenz zwischen Mensch und Wolf erreicht werden kann, dar.



Anschließend war das internationale Publikum eingeladen, den Rednern Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Nach einer Begrüßung der Anwesenden seitens Frau Dr. Franz, Leiterin der Landesvertretung, führte Frau Ministerin Prof. Dr. Dalbert in das Thema und die Situation in Sachsen-Anhalt ein. Sie stellte unter dem Grundsatz „Informieren, Schützen, Entschädigen“ den Weg vor, mit dem eine



Herausforderung für die Verwaltung darstelle, sondern besonders auch für die Nutztierhalter



Akzeptanz des Wolfes entstehen soll. Außerdem betonte sie, welchen wichtigen Beitrag die Weidetierhaltung in Sachsen-Anhalt leiste und deshalb auch einen besonderen Schutz verdiene. Frau Dr. Nickel empfahl ein konfliktarmes Wolfsmanagement, da man sich nicht auf eventuelle Änderungen des EU-Rahmens verlassen sollte. Es gäbe die europarechtliche Pflicht, einen günstigen Erhaltungszustand des Wolfes herzustellen, was nicht nur eine

und die Gesellschaft. Auch der Vertreter der Kommission Herr Nicola Notaro, sprach sich für eine Unterstützung der Nutztierhalter durch die



EU aus und machte deutlich, dass sich die Schutzbedingungen des Wolfes in Europa auf absehbare Zeit nicht ändern würden. Schäfermeister Swen Keller stellte mit einem kurzen Film sowohl seine Arbeit vor, als auch den Vorteil, den der Einsatz von Herdenschutzhunden bringe. • sw

Jahresrückblick 2018 • Mai

Europäische Woche der Regionen und Städte



Im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte (8.-11. Oktober 2018) hatte sich **Sachsen-Anhalt** für eine **Teilnahme** beworben. Wir freuen uns, Sie darüber informieren zu dürfen, dass die Landesvertretung diese Woche eine Zusage bekommen hat. Sachsen-Anhalt wird zusammen mit den anderen Partnern einen Workshop zur Zukunft der Kohäsionspolitik durchführen.

Das Veranstaltungsprogramm umfasst über 160 Workshops und Debatten unter dem Motto "Für eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020". Regionen und Städte aus 140

Ländern werden mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen, der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission und über 13 anderen Generaldirektionen und 3 Exekutivagenturen, sowie privaten und institutionellen Partnern arbeiten, um eine interessante und bereichernde Veranstaltung vorzubereiten.

Im Abstimmungsverfahren befand sich unser Workshop „Cohesion and societal challenges: Success stories for a more effective policy - Innovative regions for a strong cohesion policy“ unter den Top 10 der meist gewählten Vorschläge. Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung! #EURegionsWeek

• edh

31

Digitale Agenda des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel vorgestellt

Unter dem Titel „Den Digitalen Binnenmarkt gestalten: Smarte Lösungen aus Europas Regionen“ fand am **15. Mai** in Brüssel vor rund 80 Teilnehmern eine gemeinsame Veranstaltung der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union und dem **Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt** statt. Im Mittelpunkt stand dabei die zunehmende Digitalisierung, die unser Leben und Arbeiten disruptiv verändert.

Die Partner- bzw. Kooperationsregionen Sachsen-Anhalt, Centre-Val de Loire (Frankreich) und Valencia (Spanien) zeigten in der Veranstaltung beispielhaft, wie Regionen die digitale Transformation mit eigenen Strategien proaktiv mitgestalten. **Thomas Wünsch**, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, stellte in seinem Impulsstatement die [Digitale Agenda des Landes Sachsen-Anhalt](#) und deren Ziele vor, ging aber auch auf die Bedeutung des Digitalen Binnenmarktes ein. Er lobte die EU-Kommission für ihre jüngsten Gesetzesvorlagen, so zum Beispiel im Bereich Künstliche Intelligenz und Online-Plattformen. Mit Blick auf die zukünftige Digitalisierungspolitik der EU-Kommission forderte Wünsch, den beihilferechtlichen Rahmen beim Breitbandausbau zu überarbeiten. Auf dem Weg in die Gigabit-Gesellschaft müsse es möglich sein, auch Gigabitfähige Netze bauen zu dürfen. Die aktuelle



Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s in den Beihilfeleitlinien im Zusammenhang mit schnellem Breitbandausbau müsse daher auf mindestens 200 Mbit/s angehoben werden. Zudem forderte er, dass auch in der neuen EU-Strukturfondsperiode ab 2021 die Förderung von Gigabitnetzen durch EU-Mittel und deren Kombination mit weiteren Fördertöpfen möglich sein sollte.

Im weiteren Verlauf stellten Pierre Commandeur, Regionaler Beauftragter für die Digitalwirtschaft, Region Centre-Val de Loire, und Inmaculada Cava Ferreruela, Generaldirektion für Informations- und Kommunikationstechnologien, Region Valencia jeweils die Digitalstrategien ihrer Regionen vor.

Danach griff Maximilian Strotmann, Kabinett von Andrus Ansip, Vizepräsident der EU-Kommission, die vorgestellten Regional-Strategien in seiner Rede auf. Er lobte die Initiativen, da Digitalisierung vor allem auf regionaler und lokaler Ebene stattfinde. Dennoch brauche es hierfür auch einen funktionierenden europäischen bzw. internationalen Rechtsrahmen. Darüber hinaus stellte er die bisher vorgelegten Initiativen im Bereich [Digitaler Binnenmarkt](#), der eine der zehn Prioritäten der aktuellen EU-Kommission unter Präsident Juncker ist, vor. Kurz vor dem Inkrafttreten der Datenschutz-



Grundverordnung hatte die EU-Kommission den europäischen Staats- und Regierungschefs

am 15. Mai eine Reihe konkreter Maßnahmen vorgelegt, die den Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten und den digitalen Binnenmarkt der EU noch vor Ende 2018 Wirklichkeit werden lassen sollen. Die [Mitteilung](#) ist der Beitrag der Kommission zu den informellen Gesprächen, die die Staats- und Regierungschefs der EU am 17. Mai in Sofia geführt haben.

Abschließend diskutierten die Regionalvertreter in einer Podiumsdiskussion mit der EU-Kommission, einer Vertreterin von Facebook und dem Publikum die Frage, welche Impulse aus den Vor-Ort-Erfahrungen in den Regionen mit dem digitalen Wandel in die politische Diskussionen in Brüssel einfließen können. • dw

Ausschuss der Regionen – 129. Plenartagung

Am **16./17. Mai** 2018 fand in Brüssel die 129. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Charlemagne-Gebäude der Europäischen Kommission statt.

Eröffnet wurde das Plenum mit einer Debatte über die Auswirkungen des mehrjährigen Finanzrahmens auf die Städte und Regionen. **Günther Oettinger**, EU-Kommissar für Haushalt und Personal, erörterte die zu Beginn des Monats erschienenen Vorschläge für den EU-Haushalt der Jahre 2021-2027. Dabei stellte er gleich zu Beginn dar, dass „die Kohäsionspolitik Zukunft hat, da sie wirkt“. Zudem seien die Städte und Regionen „am Nächsten bei den Bürgerinnen und Bürgern“ vor Ort. Zugleich verwies Oettinger jedoch auf neue und zusätzliche Aufgaben der EU in den Bereichen Forschung, Migration, Sicherheit und Verteidigung, die in den kommenden Jahren finanziert werden müssten. Die hierbei zu erwartende Brexit-Lücke bezeichnete er als „Game-Changer“ mit erheblichen Auswirkungen auf den Umfang und die Ausgestaltung der zukünftigen Programme. Entsprechend des vorgelegten Haushaltsentwurfs sollen die Kohäsionsprogramme 373 Mrd. EUR umfassen, was einer realen Kürzung um 6,2% und damit laut Oettinger einer „maßvollen Kürzung“ entspräche. Im Gegenzug erinnerte er daran, dass beispielsweise durch die angestrebte Verdoppelung von Erasmus+ europaweit Jugendliche und Kinder und somit auch die Städte und Regionen davon profitieren würden. Es gelte, so der EU-Kommissar, „bei den Berechnungen nicht nur die Strukturfonds im Blick zu haben“, sondern auch die zahlreichen anderen Programme auf lokaler und regionaler Ebene zu betrachten.



In der anschließenden Diskussion dankte **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** Kommissar Oettinger dafür, dass dieser nur wenige Tage nach Veröffentlichung der Vorschläge hierzu mit den AdR-Mitgliedern eine Aussprache führe. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichsten Vorstellungen in den Mitgliedstaaten an den künftigen EU-Haushalt sei es der Kommission gelungen, mit dem vorgelegten Entwurf eine gute Basis für die weitere Diskussion zu schaffen. Man sei jedoch, so Staatssekretär Schneider, aus Sicht des AdR unzufrieden über die vorgeschlagene Kürzung der Kohäsionsmittel, die sich unmittelbar vor Ort auf lokaler Ebene auswirkten. Für eine faire Gesamtbetrachtung sei es jedoch noch zu früh: So plädierte Staatssekretär Schneider auch eindrücklich dafür, dass neben ausreichender Finanzmittel vereinfachtere und transparentere Regelungen mit Blick auf die Strukturfondsverordnungen Anwendung finden. Gemeinsam mit der Kohäsionsallianz (#CohesionAlliance) werde sich der AdR mit großer Entschlossenheit in der laufenden Debatte für diese Belange einsetzen, so Schneider.



Auf der Plenartagung standen insgesamt acht Stellungnahmen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene an, u.a. zur Innovation in den Regionen, zum Kulturerbe sowie zur Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur. Darüber hinaus wurde eine Entschliebung zu den Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU für die lokale Ebene gefasst. • as

Fotos: European Union / Fred Guerdin



Jahresrückblick 2018 • Juni

Winckelmanns Traum –Ausstellung und Theateraufführung in der LV Brüssel

Anlässlich Johann Joachim Winckelmanns 300. Geburtstages am 9. Dezember 2017 und seines 250. Todestages am 8. Juni 2018 stellte die Landesvertretung in Brüssel am **5. Juni** 2018 nicht nur die Tafelausstellung zu den Winckelmann-Jubiläen 2017/2018 der Winckelmann-Gesellschaft vor, sondern hatte zudem das Theater der Altmark zu Gast, das das Theaterstück „Winckelmanns Traum“ darbot.



Johann Joachim Winckelmann war aus Stendal in Sachsen-Anhalt stammender bedeutender Archäologe, Bibliothekar, Antiquar und Kunstschriftsteller der Aufklärung. Er gilt, neben Flavio Biondo, als der Begründer von wissenschaftlicher Archäologie und Kunstgeschichte und als geistiger Begründer des Klassizismus im deutschsprachigen Raum. Obwohl er bereits verhältnismäßig früh eines tragischen gewaltsamen Todes starb, hatte das Leben und Schaffen von Winckelmann einen ganz bedeutenden Einfluss auf die Wissenschaft und fand viele Bewunderer.



Die Winckelmann-Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit etwa 600 Mitgliedern in mehr als 20 Ländern. Sie vereinigt Wissenschaftler, interessierte Laien und



Winckelmann-Freunde aus aller Welt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, »die internationalen Forschungen zum Leben, Werk und Wirken Johann Joachim Winckelmanns zu unterstützen« und »die mit seinem Wirken zusammenhängenden Disziplinen der Klassischen Archäologie, der Kunstwissenschaft und der Germanistik zur Erschließung der Wissenschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts zusammenzuführen«. Sie organisiert internationale Tagungen, Kolloquien und Exkursionen. Seit 2000 ist sie Träger des Winckelmann-Museums. Außerdem trägt sie das Winckelmann-Museum in Stendal.

Vertreten durch Frau Dr. Stephanie-Gerrit Bruer, die einen sehr informativen Vortrag hielt, bot die Winckelmann-Gesellschaft den Gästen der Veranstaltung die Möglichkeit, Einblicke in die Wichtigsten Etappen und Werke des Kunstschriftstellers zu gewinnen.



Im Anschluss richtete der Intendant des Landestheaters Sachsen-Anhalt Nord, auch bekannt als das Theater der Altmark, Herr Alexander Netschajew, einige einführende Worte an das Publikum, bevor das Ensemble, bestehend aus Angelika Hofstetter, Hannes Liebmann und



Thomas Weber die Inszenierung des Stückes „Winckelmanns Traum“ von Cordula Jung hervorragend zur Darbietung brachte. Auf diese Art wurde das Leben, Denken und Schaffen Winckelmanns dem Publikum sehr kurzweilig nahe gebracht.

Im Anschluss an die Vorstellung hatten die Gäste bei einem Glas Wein Gelegenheit, sich die 20 Tafeln umfassende Tafelausstellung anzusehen und mit den Mitwirkenden ins Gespräch zu kommen.



Für das Engagement aller Mitwirkenden bedankt sich die Landesvertretung ganz herzlich. • afk
Fotos: Michael Seidler www.smartbe.be

Spitzenforschung aus Sachsen-Anhalt: Migration von Afrika nach Europa

36

Die Immigration nach Europa aus Afrika und dem Nahen Osten ist eine der aktuellsten und gleichzeitig langfristigsten Herausforderungen für die Europäische Union. Die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung aus Sachsen-Anhalt zu diesem Thema war Anlass für eine Veranstaltung der Landesvertretung am **7. Juni** 2018. Unter dem Titel „Europe and international migration: research and policy agendas“ kamen Redner des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung Sachsen-Anhalts (MW), des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung und des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in der Landesvertretung zusammen.



Dr. Jürgen Ude, Staatssekretär im MW, begrüßte die Anwesenden und betonte die Bedeutung des Themas Migration für das Bundesland, die Bundesregierung sowie die Europäische Union. Er präsentierte Ergebnisse des Gipfels zwischen der Afrikanischen und der Europäischen Union im November 2017 und sprach über Reformen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sowie des Dublin-Verfahrens. Danach leitete Ude zum Thema der

Integration über, da „Zuwanderung etwas anderes [sei] als die Integration von Flüchtlingen in Arbeitsmärkte und in die Gesellschaft“.

Prof. Dr. Günther Schlee repräsentierte als zweiter Redner das Max-Planck-Institut für Sozialanthropologie, Halle an der Saale. Ökonomische und politische Ursachen der Migration von Afrika sind ein Forschungsschwerpunkt des Instituts; Schlee beschäftigt sich vor allem mit ländlichen Regionen des Sudans und Kenias. In seinem Beitrag relativierte er die mehrheitliche Überzeugung der Wissenschaft, nur Personen der städtischen Mittelschicht hätten überhaupt die Möglichkeit zu emigrieren. Stattdessen habe Migration nach Europa auch eine dezidiert ländliche Komponente: Durch „land grabbing“, aber gleichzeitige Perspektivlosigkeit in den Städten gebe es immer wieder Beispiele von Emigration aus Dörfern. Die Politik müsse dies zukünftig berücksichtigen.



Dr. Carolin Görzig, ebenfalls vom Max-Planck-Institut, ging auf Terrorismus als weitere Fluchtursache ein. Ihren Forschungsergebnissen zufolge sei (militärischer) Druck auf terroristische Gruppen keine nachhaltige Lösung, vielmehr müsse man Gewaltdynamiken verstehen und diese Gruppen dazu bringen, Gewalt zu „verlernen“.



Prof. Reint E. Gropp, PhD, vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle an der Saale diskutierte die Rolle von Flüchtlingen und Immigration für den europäischen und deutschen Arbeitsmarkt. Für ihn sei Zuwanderung die einzige Möglichkeit, dem demografischen Wandel und dem Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften in Europa etwas entgegenzusetzen. Der Schlüssel für die richtige Integration von Migrantinnen

und Migranten seien daher vor allem Sprachfertigkeiten.

Während der anschließenden, von Yorck Wurms (Generaldirektion Migration und Inneres, Europäische Kommission) geleiteten Diskussion gab es die Möglichkeit für die Zuschauer, Fragen zu stellen. Die gut besuchte Veranstaltung konnte somit zum zweiten Mal nach dem Event im vergangenen Herbst 2017 die Bedeutung der Forschung aus Sachsen-Anhalt für die EU verdeutlichen. • *mvg Fotos: afk*



1. Bild: Dr. Jürgen Ude.
2. Bild: Ein gut gefüllter Saal. V.r.n.l.: Dr. Carolin Görzig, Prof. Dr. Günther Schlee, Dr. Jürgen Ude.
3. Bild: Prof. Reint E. Gropp, PhD.
4. Bild: Abschließenden Podiumsdiskussion. V.l.n.r.: Prof. Gropp, Dr. Görzig, Yorck Wurms, Dr. Ude.

Besuchergruppe des Europa Direct Informationszentrums Brandenburg

Eine Gruppe des Europa-Direct Informationszentrums Brandenburg an der Havel führte es vom **5. bis 7. Juni** 2018 im Rahmen ihrer dreitägigen Fachseminarreise zur Migrationspolitik der EU nach Brüssel unter anderem in die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union. Sie informierten sich am 5. Juni 2018 über Arbeit der Landesvertretung Sachsen-



Anhalt in Brüssel besichtigten die Räumlichkeiten. Weiterhin stand beispielsweise ein Gespräch mit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Susanne Melior und einer Vertreterin von „Brot für die Welt“ auf dem Programm.

Großes Interesse hatten die Teilnehmerinnen auch an der Veranstaltung „Europe and international migration: research and policy agendas“ in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt am 7. Juni 2018. • hf

Schülergruppe aus Halle besucht Landesvertretung in Brüssel

38



Im Zuge eines dreitägigen Aufenthaltes in der Hauptstadt Europas machte eine Gruppe von 20 Schülern und 4 Lehrern des Giebichenstein-Gymnasiums "Thomas Müntzer" in Halle auch bei der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel Station. Die Reise bildete den Abschluss des Comenius- und Erasmus+ Projektes „SYCAS – Start Your Career At School – Young Entrepreneurs: Learning to create and innovate your own career“, an dem die Gruppe im

Vorfeld gearbeitet hatte.

Nach einer Stadtführung am Vortag, begrüßte die Leiterin der Landesvertretung, Frau Dr. Henrike Franz, die Besucher am Montag zu einer Führung durch die Liegenschaft und informierte über deren langjährige Geschichte als Botschaft der ehemaligen DDR bis hin zur Entstehung des „Zentrums der Regionen“. Des Weiteren erläuterte sie die 3 Hauptaufgaben der Landesvertretung als Schnittstelle zwischen EU und sachsen-anhaltischer Landesregierung:





Informationen sammeln, die Interessen des Landes im europäischen Kontext vertreten, beispielsweise durch Gespräche mit Parlamentariern und Vertretern der EU-Kommission, und Werbung für das Land, unter anderem als Kulturstandort, durch die Organisation von Veranstaltungen machen. Auch die Zusammenarbeit mit den Partner- und Kooperationsregionen Masowien, Centre-Val de Loire und Valencia sowie anderen Bundesländern

gehört zu den zentralen Zuständigkeiten der Landesvertretung. Besonders interessiert zeigten sich die Gäste sowohl an den vielfältigen Fachbereichen der jeweils zuständigen Referenten, als auch am Ablauf der Arbeitsprozesse innerhalb der Behörde und deren Mehrwert für das Politikgeschehen in Sachsen-Anhalt.

Im Anschluss stand neben der Besichtigung von Parlamentarium und Europäischer Kommission die Erkundung des Hauses der europäischen Geschichte auf dem Ausflugsprogramm. • ja

Sommerfest der LV Brüssel

Am Abend des **27. Juni** 2018 fand das jährliche Fest der Begegnung, diesmal unter dem Titel „Sachsen-Anhalt: Straße der Romanik trifft Europa“, in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel bei allerbestem Wetter statt.



Begrüßt wurden die Gäste durch Herrn **Staatsminister Rainer Robra** und danach durch ein Grußwort des Präsidenten des Ausschusses der Regionen, **Herrn Karl-Heinz Lambertz**. Beide betonten die Wichtigkeit der Regionen für Europa.



39



Im Anschluss konnten sich die Gäste, hierunter auch der Minister für Bildung, **Marco Tullner**, Staatssekretär **Dr. Jürgen Ude**, Staatssekretär Dr.

Gunnar Schellenberger, Botschafter **Rüdiger Lüdeking** und MdEPs wie der Abgeordnete des Europäischen Parlamentes aus Sachsen-Anhalt, **Sven Schulze**, an dem vielfältigen Buffett von den kulinarischen Qualitäten des Landes

persönlich überzeugen. Besonderer Dank geht an dieser Stelle an die Halloren Schokoladenfabrik AG, Halberstädter Würstchen- und Konserverfabrik und Co KG, die Winzervereinigung Freyburg-Unstrut eG



und die Landesweingut.Kloster Pforta GmbH, die die Veranstaltung mit Schokolade, Würstchen, Sekt und Wein – hochwertigen Produkten aus Sachsen-Anhalt – unterstützten.

Zu den Qualitäten des Landesweines informierte die Gebietsweinkönigin, Frau Juliane Beer, alle interessierten Gäste in Gesprächen.



Ein besonderes Highlight des Abends bot der Landestourismusverband, der den Gästen die Möglichkeit gab, sich mit zur Romanik passenden Accessoires direkt ablichten zu lassen und die entstandenen Bilder sofort anzusehen und mitzunehmen. Unterstützt wurde Herr Lutz Zimmermann von der Stadt Halberstadt dabei von 2 Walking Acts in passenden Kostümen, u.a. dem Kostüm der Prinzessin Theophanu.



Die musikalische Untermalung übernahm die Band „Jazzfeel“ aus Sachsen-Anhalt. Das Trio, bestehend aus René Kutschmann, Jörg Naumann und Arne Donadell, unterhielt die anwesenden Gäste mit einer gut ausgesuchten Mischung aus jazzigen Melodien, die zu dem Sommerabend hervorragend passten.

Für den Heimweg und zu Hause konnten sich die Gäste an verschiedenen Materialien bedienen, die das Land Sachsen-Anhalt und einige seiner Facetten – Reiseland – Romanik, Bauhauswiderspiegeln. • afk

Fotos by Michael Seidler <http://www.michael-seidler-photo.com/>





The Future Classroom Lab opened its doors to the Minister of Education of the German Land Sachsen – Anhalt

On Wednesday, **27 June** 2018, Marco Tullner visited the premises of European Schoolnet in Brussels to learn more about our [Future Classroom Lab](#), an inspirational learning environment challenging visitors to rethink the role of pedagogy, technology and design in the classroom.

Mr. Tullner and his team appreciated the unique learning space the Future Classroom Lab offers. They had the opportunity to learn more about our diverse activities to support teachers to become digitally competent and to discuss about opportunities and challenges related to digital education across Europe.

Sachsen-Anhalt is currently working on a vision for the Digital School. “The main challenge will be to make sure that all schools have the necessary technical infrastructure and to prepare a new generation of teachers entering schools now to work in digital schools”, Mr. Tullner concluded.

Any of European Schoolnet's existing members as well as others interested are warmly invited to bring a delegation of colleagues, teachers or students to come and experience the inspiring learning space that is the Future Classroom Lab! For more information, please contact com-team@eun.org.



Jahresrückblick 2018 • Juli

Ausschuss der Regionen – Treffen der Ko-Berichterstatter zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds in Brüssel

Am **4. Juli** 2018 trafen sich die beiden Ko-Berichterstatter zur Stellungnahme des Ausschusses der Regionen (AdR) Herr **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** und Frau **Catiusca Marini**, Präsidentin der Region Umbrien in Italien. Ziel des Arbeitsgesprächs war dabei eine erste Abstimmung zum zeitlichen Ablauf der Gestaltung der Stellungnahme und eine Festlegung der organisatorischen und inhaltlichen Zuständigkeiten.



[Bild – Quelle: EVP-Fraktion im AdR.]

Anfang Juni 2018 ist Herr Staatssekretär Dr. Schneider gemeinsam mit Frau Marini offiziell als Berichterstatter für die o.g. Stellungnahme ernannt worden. Ziel der Stellungnahme ist es dabei, die Sicht der Regionen und Städte Europas auf den von der Kommission am 29. Mai vorgelegten Entwurf einer Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa für die Förderperiode 2021–2027 festzuhalten. Zudem sollen bei Bedarf Verbesserungsvorschläge geliefert werden, um die fortwährende Diskussion auf EU-Ebene und die anstehenden Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen mitzuprägen. Der AdR nimmt dabei seine in den EU-Verträgen festgehaltenen Anhörungsrechte zu Politikvorhaben auf europäischer Ebene wahr, die insbesondere dort bestehen, wo im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip die regionale und lokale Ebene besonders betroffen ist. Die endgültige Stellungnahme soll nach aktuellem Stand im Rahmen des AdR-Plenums im Dezember 2018 offiziell verabschiedet werden. • *df*



Ausschuss der Regionen – 130. Plenartagung

Am **04./05. Juli** 2018 fand in Brüssel die 130. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament statt.

Bei der Verabschiedung von Stellungnahmen machte Berichterstatter **Sören Herbst**, Mitglied im Stadtrat von Magdeburg und stellvertretendes Mitglied im AdR, sogleich den Anfang: „Ziele der Östlichen Partnerschaft für 2020 und der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“, so der Titel seiner Stellungnahme. Herbst stellte gleich zu Beginn dar, dass die Europäische Union ihre östlichen Nachbarn brauche: „Wer meint, heutzutage alleine handeln zu können, der irrt.“ So müsse man bei der Frage zur Zukunft der EU auch über die Zukunft der östlichen Nachbarn sprechen. Dort fehle es noch an einem starken Mittelstand, die kommunale Selbstverwaltung müsse ausgebaut und der Erfahrungsaustausch intensiviert werden.



Gefordert werden hier unter anderem ein Hospitanz-Programm für Mitarbeiter aus kommunalen und regionalen Behörden sowie der Aufbau von langfristigen Städtepartnerschaften. Für die Durchführung solcher Maßnahmen unterstützen die Mitglieder des AdR die Forderung nach ausreichend Mitteln für die Städte und Regionen. „Nur so könne eine intensivere Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn langfristig erfolgen und auch die EU zukünftig davon profitieren, so Herbst.

Juliane Bogner-Strauß, Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt Österreichs, stellte anschließend die Prioritäten des österreichischen EU-Ratsvorsitzes vor. Die EU befände sich in einer anspruchsvollen Phase in Hinblick auf den internationalen Wettbewerb, Klimawandel und Migration. Gemeinsames Handeln sei daher wichtiger als je zuvor. Dies gelte auch für die Herstellung von Vertrauen in die Institutionen der EU sowie der Mitgliedstaaten untereinander. Das Motto des EU-Ratsvorsitzes laute daher „Europa das schützt“. Schwerpunkte der kommenden sechs Monate seien (1) Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, (2) Reformen und Maßnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, sowie (3) Stabilität in der Nachbarschaft. Zudem skizzierte Bogner-Strauß die laufenden Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zum Brexit.

Staatssekretär Dr. **Michael Schneider** zeigte sich in der anschließenden Debatte zuversichtlich, dass Österreich als brückenbildende Nation dies auch zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten anstrengen werde. Als Mitglied der Task Force für „Subsidiarität und





Verhältnismäßigkeit“ begrüße er stellvertretend für den AdR die Überlegungen der österreichischen Ratspräsidentschaft in Sachen Subsidiarität. Konsequenz angewandt führe diese in den Regionen und bei den Bürgerinnen und Bürgern zu mehr Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der EU: „Der Verwaltungsaufwand müsse abgespeckt und die Zentralisierung in den Mitgliedstaaten vermieden werden“, so Schneider. Er hoffe, dass es gelingen werde, die Verhandlungen zum künftigen MFR noch vor den Europawahlen im Mai 2019 abzuschließen. Der AdR sei jedenfalls bereit, hierbei seinen Beitrag und für den Erfolg der österreichischen Ratspräsidentschaft zu leisten.

Auf der Plenartagung standen insgesamt elf Stellungnahmen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene an, u.a. zur EU-Städteagenda, zur gesunden Ernährung, zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Verwirklichung emissionsarmer Mobilität. • as

Fotos: European Union / Fred Guerdin / Patrick Mascart

Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 – Bundes- und Länder – Agrarministerinnen und Agrarminister im Gespräch mit Vertretern der EU-Kommission

Am **10. Juli** 2018 führten die Agrarministerinnen und Agrarminister des Bundes und der Länder in Brüssel ein Gespräch mit den EU-Kommissaren Günther Oettinger und Phil Hogan zum Mehrjährigen Finanzrahmen sowie zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020. Die Ministerinnen und Minister, unter Ihnen auch Sachsen-Anhalts Agrarministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert, sprachen eine breite Palette von Themen an. U. a. forderten sie auch für die Zukunft einen stabilen EU-Agrarhaushalt, um den steigenden Auflagen für die landwirtschaftlichen Betriebe und der Unterstützung des ländlichen Raums gerecht werden zu können. Kommissar Oettinger warb erneut für eine Erhöhung der nationalen Beiträge zum EU-Haushalt. Nur diese erlaube der Kommission, die an sie gesetzten Anforderungen auch im Hinblick auf die Finanzierung neuer Aufgaben zu erfüllen. Die Länder sprachen auch das Thema der unzureichenden Vorgaben der EU-Kommission für die Implementierung von Ökoleistungen (Eco-schemes) in der ersten und zweiten Säule an. Auf die geäußerte Kritik zur fehlenden Vereinfachung verwies Kommissar Hogan auf detaillierte Erläuterungen dazu im nächsten Agrarrat. Bund und Länder ihrerseits kündigten an, der EU-Kommission konkrete Vereinfachungsvorschläge zu unterbreiten. • ms

Europäische Plattform der Kohleregionen im Übergang – Sachsen-Anhalt stellt Projekte vor



Am **12. und 13. Juli** tagte erneut in Brüssel die von der EU-Kommission im Dezember 2017 ins Leben gerufene Plattform zur Unterstützung von Kohleregionen im Übergang.

Im Rahmen der Plattform möchte die EU-Kommission – neben dem Austausch von Besten Praktiken – die 41 europäischen Regionen mit Kohlebergbauaktivitäten bei der Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung von Projekten unterstützen, die das Potential zu einem tragfähigen wirtschaftlichen und technologischen Wandel haben. Die Plattform richtet sich an nationale und regionale Behörden, sowie die Vertreter von Industrie, Zivilgesellschaft und Sozialpartner, die an einer erfolgreichen Umwandlung von Kohlebergbaugebieten interessiert sind.



Im Zuge der Plattform wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet: 1. Post-Kohle Wirtschaft und struktureller Wandel; 2. Saubere Luft, Öko-Innovation und Transformation der Energiesysteme.

Am 12. / 13. Juli erhielt **Sachsen-Anhalt** die Möglichkeit zur Projektvorstellung. Dr. Jürgen Ude, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, ging in seiner Rede auf die heutige und zukünftige Bedeutung des

Mitteldeutschen Reviers für die Wirtschaft und die Beschäftigung in Sachsen-Anhalt ein. Der mögliche Wegfall tausender Arbeitsplätze und damit regionalem Einkommen müsse durch eine zielgerichtete und vernetzte Strukturentwicklung in der Region kompensiert werden. Die Landesregierung Sachsen-Anhalts begleite daher den Strukturwandel in der Region aktiv mit und bringe sich – neben der Europäischen Kohleplattform - auch in die neue Bundes-Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein. Dort werde das Land Sachsen-Anhalt die Interessen des Mitteldeutschen Revieres dem Bund gegenüber angemessen artikulieren, da die Bevölkerung und die Wirtschaft ein Anrecht auf eine wirtschaftlich vertretbare und jederzeit sichere Versorgung mit Strom und Wärme habe. **Professor Ralf B. Wehrspohn**, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS) in Halle und Mitglied der Bundes-Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, nahm ebenfalls an der Sitzung in Brüssel teil.

Im Anschluss wurden zwei konkrete Projekte aus Sachsen-Anhalt vorgestellt. **Dr. Kai-Mark Steinbach**, Kaufmännischer Geschäftsführer Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG), präsentierte ein Vorhaben zur verkehrstechnischen Erschließung einer länderübergreifenden, direkten Verkehrsverbindung zwischen Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt)

und Pegau (Sachsen), wodurch wichtige Wirtschaftsräume verbunden und die Strukturentwicklung in der Bergbauregion gefördert werden könne. Danach referierte **Dominik**



Härle (Fraunhofer IMWS) zum Pilotprojekt CARBONTRANS. Dieses sehe vor, am Standort Leuna eine Pilotanlage für die Vergasung von kohlenstoffhaltigen Abfällen und Kohle als Technologieplattform für eine Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft zu errichten. Die Pilotanlage werde auf einen Input von jährlich 25.000 t kohlenstoffhaltiger Einsatzstoffe ausgelegt und vollständig in den energetischen und stofflichen Verbund des Chemie-Standorts integriert. Das Vorhaben mit einer Investitionssumme von ca. 40

Mio. Euro soll in den Jahren 2019 bis 2023 realisiert werden. • dw

Weitere Informationen:

- Webseite der EU-Kommission zum Thema Kohle: s. [hier](#)
- MIBRAG: s. [hier](#)
- Projekt CARBONTRANS: s. [hier](#)

Europäische Kommission prüft Übernahme von Kupferverarbeiter Mansfelder Kupfer und Messing GmbH

47

Die Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission prüft die geplante Übernahme der Mansfelder Kupfer und Messing GmbH (MKM) durch die KME AG, da sie Bedenken hat, dass die Übernahme den Wettbewerb zwischen den Anbietern von gewalzten Kupfererzeugnissen und von Wasserrohren aus Kupfer verringern könnte. Die beiden kupferverarbeitenden Firmen machten die Transaktion in Juni öffentlich. MKM sitzt in Hettstedt in [Sachsen-Anhalt](#) und beschäftigt 1200 Mitarbeiter, für den Wettbewerber KME mit Hauptsitz in Osnabrück sind 3900 Angestellte tätig.



Bei einer ersten Marktuntersuchung der EU-Kommission wurden folgende vorläufige Bedenken festgestellt:

- Für gewalzte Kupfererzeugnisse, insbesondere aus reinem Kupfer und bestimmten Kupferlegierungen, könnten die Preise steigen, wenn die beiden Unternehmen keine Wettbewerber mehr sind.
- MKM bietet auch Vorwalzband für die Herstellung von Walzmaterial aus Kupfer an. Nach der Übernahme könnte MKM dieses wichtige Vorprodukt für Wettbewerber von KME verteuern oder ihnen den Zugang dazu erschweren.
- Bei Wasserrohren aus Kupfer ist MKM bisher ein starker Konkurrent des EU-Marktführers KME. Durch die Übernahme würde der Wettbewerb zwischen den beiden Unternehmen in vielen EU-Mitgliedstaaten entfallen, in denen die Marktkonzentration bereits überdurchschnittlich hoch ist.



Die Generaldirektion Wettbewerb hat nun 90 Arbeitstage Zeit (Stichtag: 29. November 2018), um eine eingehende Prüfung der Auswirkungen der geplanten Übernahme durchzuführen und festzustellen, ob sich die vorläufigen wettbewerbsrechtlichen Bedenken bestätigen. • *dw*
Quelle: EU-Kommission

Weitere Informationen: Pressemitteilung der EU-Kommission. [hier](#)

Jahresrückblick 2018 • August

Europa hautnah erleben – Studienfahrt im Rahmen des Europa.Medien.Preises 2018

Eine Studienfahrt anlässlich des Europa-Medien-Preises 2018 bot Schülerinnen und Schülern, Studierenden und weiteren Europainteressierten die einmalige Gelegenheit, Europa hautnah zu erleben sowie Inspirationen und Material für die Beteiligung an dem Wettbewerb zu sammeln.

Im Rahmen des Europa.Medien.Preises Sachsen-Anhalt 2018 veranstaltete die Landeszentrale für politische Bildung mit GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt vom **27. bis 31. August** 2018 eine Studienfahrt zu gleich drei bedeutsamen Plätzen für Europa – Brüssel, Verdun und Straßburg

Zuerst ging es für die Teilnehmenden nach Brüssel – dort wurden sie von Sven Schulze und Arne Lietz, den beiden Europaabgeordneten aus Sachsen-Anhalt durch das Europäische Parlament geführt. Anschließend erhielten sie die Gelegenheit, mit den beiden Abgeordneten über ihre Arbeit zu sprechen. Des Weiteren standen ein **Besuch in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union** und der Europäischen Kommission auf dem Programm in Brüssel. Weiter ging es dann zur Besichtigung der Gedenkstätte von Verdun, welche als wichtiger Ort der Geschichte und Erinnerung für die Schlacht von Verdun steht. In Straßburg haben die Teilnehmenden weitere EU-Institutionen kennengelernt sowie das Europäische Jugendzentrum besucht. Letzteres besteht seit 46 Jahren und ist ein Ort, an dem sich junge Menschen und Jugendorganisationen aus ganz Europa begegnen und austauschen können.



Der Europa.Medien.Preis 2018 wird von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt, der Medienanstalt Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt ausgelobt und in Kooperation mit GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt in Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes LV Sachsen-Anhalt durchgeführt.

Weitere Informationen auch zum Wettbewerb des Europa.Medien.Preises Sachsen-Anhalt 2018 findet man unter: www.europamedienpreis.de

• eag Quelle: PM LZpB vom 24. August 2018 und Facebook



Es folgen die Facebook-Einträge unserer beiden Europaabgeordneten:

28. August 2018



Arne Lietz, SPD

Heute hat mich eine Gruppe von [GOEUROPE ! Sachsen-Anhalt](#) in Brüssel besucht. Ich habe mich sehr gefreut die Siegerinnen und Sieger des diesjährigen Europa.Medien.Preises zu treffen. Danke für den intensiven inhaltlichen Austausch zur Europapolitik. Schön, dass so viele interessierte junge Europäerinnen und Europäer aus Sachsen-Anhalt zu treffen. Ich wünsche euch weiterhin eine gute Fahrt nach Verdun und Straßburg. Hier geht's zu [GOEUROPE ! Sachsen-Anhalt](#) - das europäische Jugend und Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt - www.goeurope-lsa.de

Quelle: [Facebook](#)



29. August 2018



Sven Schulze

Es hat mich sehr gefreut die Siegerinnen und Sieger des diesjährigen Europa.Medien.Preises von [GOEUROPE ! Sachsen-Anhalt](#) im Europäischen Parlament in Brüssel begrüßen zu können. Immer wieder schön zu sehen, dass sich junge Menschen für Europa interessieren und engagieren. Viel Spaß auf der weiteren Reise Richtung Verdun und Straßburg und bis bald!

Quelle: [Facebook](#)



Jahresrückblick 2017 • September

EURO-CLUB-Harz zu Gast in der Landesvertretung



Unter Leitung des ehemaligen Abgeordneten im Europäischen Parlament und Vorsitzenden des EURO-CLUB-HARZ e. V., Herrn **Dr. Horst Schnellhardt**, besuchten etwa sechzig Gäste vom **3. bis 5. September** 2018 die Stadt Brüssel. Nach einer Stadtrundfahrt stand der Besuch in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt auf dem Programm. Die Gäste besichtigten die geschichtlich und architektonisch interessante Liegenschaft und erhielten einen Einblick in Aufgaben und Arbeitsweise der Landesvertretung. Im Europäischen Parlament wurde die Diskussion über europapolitische Themen in Gesprächen mit deutschen Abgeordneten, darunter Sven Schulze (EVP), fortgesetzt. Zudem erhielten die Besucher Informationen über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments. In den Jahren zuvor führten die Fahrten des EURO-CLUB-HARZ bereits nach Luxemburg und Straßburg. • ms



52

Themenorientierte Seminar- und Informationsreise des Ministeriums der Finanzen



Vom **03. bis zum 05. September** 2018 nahmen 16 Führungskräfte aus dem **Ministerium der Finanzen** an einer themenorientierten Seminar- und Informationsreise teil.

Nach der Anreise am 03. September stand der 04. September mit einem vollen Tagesprogramm zunächst im Zeichen eines Informationsbesuchs bei der Europäischen Kommission (KOM) im

Charlemagne-Gebäude. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde es ermöglicht, sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus unterschiedlichen Ressorts der KOM zu relevanten Themen auszutauschen, die für Sachsen-Anhalt von besonderem Interesse sind. So berichtete Herr Markus Schulte, Mitglied des Kabinetts von Kommissar Günther H. Oettinger, über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Herr Uwe Ihli, Bereichsleiter in der GD TAXUD informierte anschließend über aktuelle Steuerthemen auf der europäischen Ebene und zum Thema „Implementierung der Regionalpolitik in Deutschland“ berichtete Herr Leo Maier, Referatsleiter in der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung.

Am Nachmittag besuchte die Gruppe das Europäische Parlament, wo u.a. ein Austausch mit dem MdEP Reimer Böge, Mitglied des Haushaltsausschusses, zu aktuellen Diskussionen um den Mehrjährigen Finanzrahmen stattfand.



Am zweiten Tag besuchten die Führungskräfte die Landesvertretung wo weitere hochrangige Referenten zur Diskussion mit der Gruppe bereit waren. Den Anfang machte Herr Carsten Pillath, Generalsekretariat des Rates, der die Gruppe zum Einen allgemein über die Arbeitsweise im Rat informierte und im Besonderen noch das Thema „Die Wirtschafts- und Währungsunion – Stand der Diskussionen aus Sicht des Rates“ auf seiner Agenda hatte. Im Anschluss berichtete Herr Ralph Müller zu den Einflussmöglichkeiten bei

Finanzdossiers aus der Sicht der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU und Herr Torsten Brand von der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu den aktuellen Schwerpunkten der EIB.



An dieser Stelle richten wir einen herzlichen Dank alle so engagierten Referenten. Dank Ihnen, konnte die Gruppe sich mit einer Vielzahl neuer Informationen, aktueller Eindrücke und mit zahlreichen Erkenntnissen und neuen Anregungen für die eigene Arbeit wieder auf den Weg in Richtung Magdeburg machen, wo demnächst ein Auswertungsworkshop stattfinden wird. cj

Europa geht weiter: Jugendliche aus Sachsen-Anhalt zu Gast in Brüssel

Vom **3. bis 7. September** waren **62 Teilnehmende des Projekts „Europa geht weiter“** der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. in Brüssel.

Im Dialog mit Mitglieder des Europäischen Parlaments



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments **Arne Lietz** (SPD), **Martina Michels** (DIE LINKE) und **Sven Schulze** (CDU) informierten über ihre politische Arbeit und beantworteten die Fragen der Jugendlichen. Anschließend besuchten alle Teilnehmenden den Plenarsaal und das Parlamentarium.

Wie Städte, Landkreise und Regionen ihre Interessen gegenüber der Europäischen Union vertreten und europaweit zusammenarbeiten, erklärte Klaus Hullmann vom Ausschuss der Regionen.



Kultur und Geschichte Europas entdecken



In Brüssel gibt es zahlreiche kulturelle Orte zu entdecken. Zu den Bekanntesten zählen das **Atomium** und Mini-Europa. Seit Mai 2017 gibt es in Brüssel das Haus der europäischen Geschichte. Auf mehreren Etagen begaben sich die Teilnehmenden auf eine interaktive Spurensuche in die europäische Geschichte.

54

Fish-Bowl Diskussion „Grünes, nachhaltiges Europa“ in der Landesvertretung

Für den 6. September bereitete das Team des Projekts eine Fish-Bowl Diskussion vor. Als Thema wurde „Grünes, nachhaltiges Europa“ ausgewählt, welches eines der elf Youth Goals (EU-Jugendziele) darstellt. Zur Vorbereitung der Fish-Bowl Diskussion führten die Jugendgruppen eigene Umfragen in ihrer Schule, Jugendclub und im Freundeskreis durch. Eine Gruppe erreichte mit ihrer Umfrage ca. 300 junge Leute über das soziale Netzwerk Instagram. Die stellvertretende Leiterin der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt, Frau Carmen Johannsen, begrüßte die



Gruppe und betonte wie wichtig der direkte Austausch zwischen den Jugendlichen und Vertretern europäischer Institutionen ist. An der Diskussion beteiligten sich Frau **Patricia Heidegger** vom Europäischen Umweltbüro und **Hugo-Maria Schally** von der Europäischen Kommission. Beide waren sich darin einig, dass wir als europäische

Gesellschaft unsere Kultur bezüglich Konsum und Produktion verändern müssen, um langfristig unseren Wohlstand zu erhalten. Ein großes Problem stellt das kontinuierliche Wachstum von Müll in der Europäischen Union dar. Wie können wir mehr Materialien wiederverwenden, entsprechend entsorgen und gleichzeitig neuen Müll verhindern? Laut der EU Kommission landen pro Sekunde circa 700 kg Plastikmüll in den Weltmeeren. Welche Konzepte und Aktivitäten Umweltorganisationen in Europa nutzen, um aktiv junge Leute für den Umweltschutz und ein Engagement zu werben, möchte Frau Heidegger mit ihren Mitgliedsorganisationen unter die Lupe nehmen. • *Gastartikel*

Weitere Informationen: www.lkj-sachsen-anhalt.de | daniel.adler@jugend-lsa.de

Europa hautnah erleben – Freiherr-vom-Stein-Gymnasium aus Weferlingen in Brüssel

In der 36. KW hatte MdEP Sven Schulze eine Schülergruppe in Brüssel zu Gast. Dazu sein Post auf Facebook:

Diese Woche hatte ich Besuch vom Freiherr-vom-Stein-Gymnasium aus Weferlingen in Brüssel. Mit den Schülerinnen und Schülern sprach ich über aktuelle Herausforderungen in der Europapolitik, wie zum Beispiel Migration. Ich freue mich euch bald in Sachsen-Anhalt an eurer Schule zu besuchen!





Ausschuss der Regionen – Stakeholder-Konferenz zur Diskussion des Entwurfs der Stellungnahme zur Strukturfondsverordnung nach 2020

Am 12. September 2018 fand eine vom Ausschuss zur Territorialen Kohäsionspolitik und Haushaltsangelegenheiten (COTER) organisierte Stakeholder-Konferenz zur Diskussion der sich aktuell im Entwurf befindenden Stellungnahme zum Entwurf der Kommission einer Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds 2021–2027 (ESIF-Verordnung) statt. In seiner Rolle als Ko-Berichterstatter leitete Herr **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** die Veranstaltung und lud die Anwesenden zur offenen und kritischen Diskussion des Entwurfs der Kommission ein. Die Ko-Berichterstatterin Frau Catiusca Marini (Region Umbrien, Italien) betonte die Bedeutung einer flexiblen und vereinfachten ESIF-Verordnung für die Behörden und Unternehmen. Anwesend waren etwa 80 Vertreter der europäischen Regionen, Verbände und ständigen Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten.

Herr StS Dr. Schneider wies auf einige Kernforderungen des AdR hin, die bereits in der ESIF-Verordnung enthalten seien, darunter Ansätze zur Vereinfachung, eine Förderpolitik für alle Regionen Europas und die Beibehaltung der drei Regionenkategorien zur stärkeren Berücksichtigung der unterschiedlichen Förderbedarfe der Regionen. Er betonte zudem die Bedeutung einer ergiebigen Diskussion mit allen Stakeholdern zur breiten Konsensfindung. Positiv aufgefasst wurden die im Entwurf der Kommission enthaltenen Ausführungen zur Vereinfachung, zum Abbau der Verwaltungs- und Kontrollauflagen und zur Beibehaltung wesentlicher Aspekte des aktuellen Mittelverteilungsschlüssels, ergänzt um positive Aspekte wie etwa zusätzliche Indikatoren zur Erfassung regionaler Herausforderungen. Zugleich stießen u.a. die Herauslösung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aus dem Verordnungsentwurf, das fehlende Bekenntnis zur Rolle der lokalen und regionalen Behörden in der Programmgestaltung und -implementierung und die Einführung eines früheren Programmabschlusses zulasten der Verwaltungsbehörden auf Ablehnung.

Zusammenfassend hielt Herr StS Dr. Schneider fest, dass die jetzige Struktur der Politik fortgeführt werden müsse und deren Wirksamkeit durch auf Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit beruhenden Bürokratieabbau, erhöhte Flexibilität und einer Verfeinerung der Politikgestaltung zur Begegnung der unterschiedlichen regionalen Herausforderungen erfolgen müsse. Hierzu werde er gemeinsam mit der Ko-Berichterstatterin Frau Marini nicht nur politische Empfehlungen, sondern auch konkrete Änderungsvorschläge am Verordnungstext bald vorlegen. Die im Rahmen der Stakeholder-Konferenz geäußerten Meinungen würden Eingang in die Gestaltung des endgültigen Entwurfs finden, der Ende Oktober 2018 bei der nächsten COTER-Sitzung vorgestellt werde. Die endgültige Verabschiedung der Stellungnahme im Plenum des AdR sei für Dezember 2018 vorgesehen.

• df

Sachsen-Anhalts Hochschulrektoren und der Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung tagen in der Landesvertretung in Brüssel

Am 18. September 2018 konnte die Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel die Rektorin und Rektoren der Hochschulen Sachsen-Anhalts, den **Minister** für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung **Prof. Dr. Armin Willingmann** und Herrn **Staatssekretär Dr. Jürgen Ude** anlässlich der 47. Hochschulrunde begrüßen. Ziel der Tagung in Brüssel war es, vertiefte Informationen zu aktuellen EU-Forschungs- und Bildungsthemen direkt von Vertretern der EU-Institutionen zu bekommen und einen fachlichen Austausch zu ermöglichen.

Zunächst begrüßten Herr Minister Prof. Dr. Willingmann und Frau Carmen Johannsen, stellvertretende Leiterin der Landesvertretung, die Teilnehmer. Herr Minister führte sodann in den Tagesablauf ein.

Nach der Sitzung der Landesrektorenkonferenz und der Wahl des Präsidenten tagte die 47. Hochschulrunde.

Im Anschluss trug Herr Peter Härtwich, Referatsleiter in der Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission zum Entwurf der Kommission des neunten Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ vor. Der Entwurf sehe bis zu 100 Mrd. Euro für Forschung und Innovation im Zeitraum 2021–2027 vor. Die Förderschwerpunkte werden nach dem Entwurf stark der aktuellen Struktur vom achten Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ ähneln, auch wenn gewisse Strukturverschiebungen notwendig seien, um neue Themenblöcke aufzunehmen. Neu sei insbesondere die geplante Einrichtung des sog. Europäischen Innovationsrates (EIC), der nach dem Vorbild des Europäischen Forschungsrates (ERC) exzellente, marktschaffende Innovationen in Europa fördern soll. Zudem sei vorgesehen, durch neue Strukturen bessere Voraussetzungen für die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft zu schaffen. Insbesondere wolle man dabei durch die Gestaltung sog. Missionen langfristige und nachhaltige Strukturen für die internationale Zusammenarbeit schaffen, um damit gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel und die Alterung der Gesellschaft durch technologische Innovationen und die dafür notwendige Grundlagenforschung zu bewältigen.



In der Diskussion wurde u.a. kritisch hinterfragt, wie die Missionen zu operationalisieren seien und welche Rolle die Gesellschafts- und Sozialwissenschaften zukünftig einnehmen würden. Auch wurde die Verbindung zwischen Hochschulen und Unternehmen zur Förderung der Innovation thematisiert.

Die Teilnahme eines Vertreters der EU-Institutionen bot den Hochschulleitungen Sachsen-Anhalts neue Informationsmöglichkeiten vor Ort und trug mit der fachlichen Vortragstiefe dazu bei, eine dass die Teilnehmer eine gelungene Veranstaltung absolvierten. • df

Fotos: rs



Gleim-Musikabend in der Landesvertretung

Am **26. September** 2018 fand in der Landesvertretung ein kultureller Abend in Kombination mit Trompeten- und Klaviermusik junger Künstler des Landesmusikrates e.V. Sachsen-Anhalt und einer Präsentation des Gleimhaus-Museums statt.

Zum Auftakt des Abends stellte **Frau Dr. Ute Pott**, Direktorin des Gleimhauses, das Literaturmuseum kurz vor. Der im 18. Jahrhundert wirkende Dichter Johann Wilhelm Ludwig Gleim (1719–1803) war nicht nur mit Lessing, Klopstock und Herder sowie vielen weiteren wichtigen Schriftstellern seiner Zeit befreundet, sondern auch im Besitz einer beeindruckenden Bücher- und Gemäldesammlung.

Diese kann man bis heute im „Museum der deutschen Aufklärung“, wie sich das Gleimhaus auch nennt, besichtigen. Anlässlich des Europäischen Kulturerbe-Jahres organisiert das Museum derzeit ein neues Projekt zur Epoche der Aufklärung für Jugendliche und bereitet zahlreiche Aktivitäten zum 300. Geburtstag des Dichters Gleim vor.



Danach begeisterte die bereits mehrfach mit dem ersten Preis von „Jugend-Musiziert“



ausgezeichnete 13-jährige Luzie Küster mit ihrer Interpretation klassischer Stücke von u.a. Johann Sebastian Bach und Willy Brandt auf der Trompete. Begleitet wurde die junge Musikerin von Christian Meinel am Klavier.

Im Anschluss daran gab der Geschäftsführer des Landesmusikrates Sachsen-Anhalt e.V. **Herr Dietmar George**, einen kurzen Überblick über die Jugendförderung des Vereins und das Projekt „Musikland Sachsen-Anhalt – Chance für die Jugend“, welches jugendliche Musiker auf dem Weg zur Professionalität unterstützen möchte.



Zum krönenden Abschluss des Abends traten die jungen Klavierspieler Franz Martin Gnilke und Franz Leo Bondick mit ihrer beeindruckenden Interpretation einer vierhändigen Sonate von Francis Poulenc auf. In dieser Konstellation gewannen die beiden Musiker seit 2015 bereits auf Regional- und Landesebene den ersten Preis im Wettbewerb „Jugend musiziert“ sowie auch im diesjährigen Bundeswettbewerb. • ls

Fotos: Alain Bienenstock alainbienenstock@yahoo.fr
<http://www.alainbienenstock.be/>



Sachsen-Anhalts Forschungsmultiplikatoren tagen in der Landesvertretung in Brüssel

59

Vom 25. bis zum 27. September 2018 konnte die Landesvertretung bereits zum sechsten Mal seit 2013 die EU-Forschungsreferentinnen und -referenten der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Sachsen-Anhalts zu einem zweitägigen Informations-Workshop begrüßen, den sie gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung anbietet. Ziel der Veranstaltung war es, direkten Kontakt mit Europäischen Akteuren und einen fachlichen Austausch zu ermöglichen.

Die Vortragsreihe begann zunächst mit einem Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der EU-Initiativen zur Förderung der offenen Wissenschaft. Ein Vertreter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) umriss dabei den aktuellen Umsetzungsstand der European Open Science Cloud, die zusammen mit der von der Kommission (KOM) geplanten Änderung von Publikations- und Zertifizierungsstandards eine europaweite Bereitstellung von Forschungsdaten für Interessierte ermöglichen soll.

Eine Vertreterin der Generaldirektion (GD) Forschung führte zum Entwurf des nächsten Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ der KOM aus, das wesentliche Teile des aktuellen Programms „Horizont 2020“ übernehme, zugleich aber auch neue Elemente wie einen missionsorientierten Ansatz oder einen Europäischen Innovationsrat einführe, die geeignet seien, gesellschaftliche Herausforderungen besser anzugehen oder die Förderung von bahnbrechender Forschung zu ermöglichen.

Im Anschluss schilderte eine Vertreterin der GD Regionalpolitik die Bedeutung der Synergien zwischen der EU-Forschungs- und Regionalpolitik, die sich in den regionalen Innovationssystemen bündeln lassen.



Als weiteres wissenschaftsrelevantes Thema wurde der aktuelle Entwicklungsstand der Initiative zum Aufbau europäischer Hochschulnetzwerke durch eine Vertreterin der GD Bildung dargestellt. Ziel des Vorhabens sei es, durch die Verfestigung von Kooperationsstrukturen zwischen Konsortien von jeweils 5–10 Universitäten anhand von Erasmus-Mitteln neue innovative Bildungs- und Forschungsansätze zu ermöglichen.

Ein weiterer Vertreter der GD Regionalpolitik führte zudem zur Zukunft der interregionalen Zusammenarbeit nach 2020 aus. Insbesondere habe man darauf abgezielt, eine gewisse Vereinfachung durch die Reduzierung der politischen Ziele und der Interreg B-Programme herbeizuführen und zugleich mit Blick auf die wachsende Bedeutung der Innovation ein neues Instrument eingeführt, um einschlägige interregionale Kooperationsvorhaben zu fördern.

Ein Vertreter des EU-Büros der Fraunhofer Gesellschaft stellte sodann die zu erwartenden Schwerpunkte des nächsten Forschungsrahmenprogramms aus Sicht der außeruniversitären Forschungseinrichtungen dar. Zu erwarten sei, dass das Budget von Horizont Europa unter dem von der KOM vorgeschlagenen Betrag liegen werde und dass die Verbundforschung verstärkt in den Bereich des Digitalen und der Sicherheitsforschung verschoben werde, während der missionsorientierte Ansatz nicht zwingend diese Art von Kooperationsstrukturen vorsehe.

Zuletzt führte eine Vertreterin der GD Regionalpolitik zum von der KOM vorgeschlagenen Instrument zur Förderung der interregionalen Innovationskooperation aus. Das auf dem Modell der Vanguard Initiative – einem Netzwerk zur Förderung der interregionalen Kooperation entlang der regionalen Innovationsschwerpunkte – basierende Förderinstrument solle insbesondere anwendungsorientierte Forschung und Innovation fördern, um z.B. Demonstrations- und Pilotvorhaben durch interregionale Konsortien zu ermöglichen.

Aufgrund der fachlichen Vortragsbreite und der positiven Rückmeldungen der Teilnehmer kann die Veranstaltung als gelungen betrachtet werden. Vorgesehen ist daher eine Folgeveranstaltung im Jahre 2019. •df

Jahresrückblick 2018 • Oktober

Empfang zum Tag der deutschen Einheit in der Landesvertretung

Am **4. Oktober 2018** veranstaltete die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland im Königreich Belgien gemeinsam mit den sechzehn Bundesländern, für die federführend in diesem Jahr die Hansestadt Hamburg zuständig war, einen Abendempfang anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.



Mehrere hundert Gäste wurden durch **Botschafter Martin**



Kotthaus und die Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten, **Staatsrätin Dr. Annette Tabbara**, begrüßt. Belgien wurde durch **Vize-Premier Minister Jan Jambon** vertreten.



Botschafter Kotthaus betonte in seiner Rede die Bedeutung der EU für Frieden, Stabilität und Demokratie. Zu den bilateralen Beziehungen von Deutschland und Belgien sagte er: „Belgier und Deutsche teilen viele gemeinsame Werte und Überzeugungen. Für diese stehen beide Länder in Europa und in den kommenden zwei Jahren im VN Sicherheitsrat ein. Meine Familie und ich freuen uns, zurück in Belgien zu sein.“

Vize-Premier Minister Jambon drückte seine Wertschätzung für die deutsche Wiedervereinigung aus und ging speziell auf die Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Belgien ein. Auch äußerte er sich lobend zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Sachen innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung. Der Minister hielt seine Rede komplett in deutscher Sprache – auch eine Form der Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland.



Staatsrätin Tabbara schlug den Bogen über die Hansestadt Hamburg zu Europa und den Herausforderungen der Globalisierung.



Eingeladen waren Gäste aus verschiedensten Bereichen wie z. B. der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Rat, der NATO, den Botschaften und den Regionalvertretungen.

Für musikalische Untermalung sorgte in diesem Jahr die

„**Grammophon Jazzband**“ aus Hamburg, die ihren Auftritt

mit den Hymnen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien und der Europäischen Union einleitete und anschließend mit ihrem breiten Repertoire für gute Stimmung im Saal sorgte. • *eag*

Fotos: Herr Kindermann; Copyright FKPH



Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.facebook.com/DeutscheBotschaftBruessel/>

<https://bruessel.diplo.de/>

<https://www.hamburg.de/senatskanzlei/>

Europäische Woche der Regionen und Städte – Sachsen-Anhalts Stimme bei der Eröffnungsveranstaltung

Am **8. Oktober 2018** wurde die Europäische Woche der Regionen und Städte feierlich von hohen Vertretern der Europäischen Institutionen in Brüssel eröffnet, darunter **Kommissionspräsident Juncker** und **Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Cretu**. Sachsen-Anhalt wurde von Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** in seiner Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten.

Präsident Juncker betonte zu Beginn die besondere Bedeutung der Städte und Regionen für die Zukunft Europas sowie der Kohäsionspolitik, um z.B. die europäischen Klimawandelziele zu verfolgen. Dies wurde ebenfalls von Kommissarin Cretu und dem Präsidenten des AdR, Carl-Heinz Lambertz, unterstrichen.

In seiner Funktion als Berichterstatter der AdR-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission zur Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020 und als Mitglied in der Taskforce der Kommission für Subsidiarität, Proportionalität und „weniger, aber effizienteres Handeln“ betonte Herr StS Dr. Schneider die Bedeutung einer an den Bedürfnissen der Städte und Regionen orientierten Kohäsionspolitik. Die Politik habe aufgrund der hohen Komplexität teilweise an Akzeptanz verloren, weshalb man die Bürokratielasten abbauen müsse. Durch verhältnismäßige, an den Prinzipien der Subsidiarität ausgerichtete Verwaltungsvorschriften schaffe man zudem eine dringend notwendige größere Bürgernähe. In diesem Sinne sollte eine zweite Taskforce für Subsidiarität kreiert werden, um die im Ergebnisbericht der bisherigen Taskforce enthaltenen Vorschläge für Implementierungsverbesserung in der Praxis zu vertiefen. • *df*

EWRC - VA Cohesion and societal Challenges: Success Stories for a more effective policy

im Rahmen der jährlich stattfindenden Europäischen Woche der Regionen und Städte war die **Landesvertretung Sachsen-Anhalt zum wiederholten Mal Gastgeber** am **9. Oktober** für eine der Veranstaltungen mit regionalem Schwerpunkt.

Der Titel „Kohäsion und gesellschaftliche Herausforderungen: Erfolgsprojekte für eine effektivere Politik“ wies bereits darauf hin, dass Projekte und Aktivitäten präsentiert wurden, die mit regionalem Bezug eine positive Wirkung für die lokale Bevölkerung entfalteten.



Den Zuhörern wurden Projekterfahrungen aus sieben ländlich geprägten Regionen aus sieben europäischen Mitgliedstaaten erläutert: Die **Partnerregion Sachsen-Anhalts Centre Val de Loire**, Frankreich, stellte langfristig die Internationalisierung und eine breite thematische Aufstellung von Unternehmen und Politik in den Vordergrund. Die weitere **Partnerregion Mazovia**, Polen, warf die interessante Frage auf, inwieweit die Schwerpunktlegung auf Effektivität für bestimmte kleinere Regionen zu einem Auseinanderfallen der

Regionen (und ggf. Mitgliedstaaten) führe und in welchem Maß dagegen Solidarität zu fördern sei. Außerdem schlussfolgerte Dr. Marcin Wajda, dass interne Disparitäten in einer Region ebenso folgeschwer sein könnten wie im Vergleich zu externen Regionen.

Die spanische, mit Sachsen-Anhalt assoziierte **Region Valencia** berichtete über Maßnahmen für Jugendliche und junge Menschen, mit denen ihre Möglichkeiten, eine Beschäftigung zu finden, erhöht werden sollen. Dies geschieht mittels kurzfristiger Praxisverträge mit lokalen Verwaltungen und strategischer und psychologischer Hilfe für die zukünftige Bewerbung und Anstellung. Aus der **tschechischen Region Vysocina** wurde ein mehrere Regionen übergreifendes Projekt im Moldaugebiet vorgestellt, das eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Erziehung, Tourismus, Gesundheit und Wirtschaft förderte.



Wales trug einen Bericht über die bessere Nutzung von Synergien und bestehenden Netzwerken für Fördermöglichkeiten und damit für einen Weg zu Diversität und Exzellenz von Forschung, regionaler Verwaltung und Produktion bei.

Die **Region Achterhoek**, Niederlande, demonstrierte, wie junge Fachkräfte auch grenzübergreifend für die regionale technische Industrie durch Öffentlichkeitsarbeit und Innovations-Hubs gewonnen und unterstützt werden können.



Für Sachsen-Anhalt präsentierte Professor Everhard Holtmann das Kompetenzzentrum Soziale Innovation Sachsen-Anhalt und die Aktivitäten, die soziale mit technisch orientierter Wissenschaft verbinden. Ziel ist es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen vor Ort zu verbessern und diese in Sachsen-Anhalt zu halten oder sogar zur Ansiedlung in der Region zu bewegen. Die benannten Beispiele Kunst und Kreativität im Kloster Posa Zeit, urbane Landwirtschaft in Dessau und technische Qualifikation im lebenslangen Lernen in verschiedenen Orten Sachsens-Anhalts sollen die regionale Prosperität unterstützen.



Die in den meisten Fällen durch europäische Fördermittel unterstützten Projekte weckten offenes Interesse untereinander und im fachorientierten Publikum, das zu einer regen Diskussion beitrug. • ml

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse REGI (EP) und COTER (AdR) im Ausschuss der Regionen

Im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte (EWRC) vom 8. bis 11. Oktober 2018 fand am **10. Oktober** eine gemeinsam vom Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlamentes (EP) und von der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Ausschusses der Regionen (AdR) veranstaltete Sitzung statt. Ziel der Veranstaltung war es, einen **fachlichen Austausch** zwischen den Berichterstattern beider Institutionen zu den jeweiligen Stellungnahmen zu den Entwürfen der Kommission zur Kohäsionspolitik (KHP) nach 2020 zu ermöglichen.

Im Rahmen des Ausschusses wurde die Bedeutung der KHP als unabdingbare und in den EU-Verträgen verankerte Quelle für Solidarität, für gesellschaftliche Stabilität und für wichtige Investitionen in vielen Regionen hervorgehoben. Man betonte die hohe Qualität der Kooperation zwischen AdR und EP als gute Grundlage für die Entwicklung schlagkräftiger Stellungnahmen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, der Städte und der Regionen. **Kommissarin für Regionalpolitik Corina Crețu** setzte sich für eine starke KHP für alle

Regionen als stärkster Ausdruck europäischer Solidarität ein. Zugleich müsse die Implementierung vereinfacht und verbessert werden, indem man zunehmend auf Ergebnisse achte, die die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können.

Die **Ko-Berichterstatterin** zur EP-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020, **Constanze Krehl**, unterstrich die Bedeutung der Umsetzung der KHP durch lokale und regionale Behörden für die Effektivität der Politik. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Synergiepotenziale erhöhen und Vereinfachung auf allen Ebenen herbeiführen.

StS Dr. Schneider (Vorsitzender der EVP-Fraktion im AdR und Berichterstatter für die AdR-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020) schloss sich den Ausführungen zur verstärkten Vereinfachung mit Verweis auf den aktuellen Bericht des Europäischen Rechnungshofs an. Letzterer zeige abnehmende Fehler- und zugleich Abflussquoten auf, was die Qualität der Verwaltung aber auch die Komplexität der Vorschriften verdeutliche. Um die Effektivität der Politik zu erhöhen, müsse man gewährleisten, dass die in den Regionen vorhandenen Probleme mit ausreichend Mitteln angegangen werden könnten. Daher lehne die AdR-Stellungnahme eine Reduzierung der Konfinanzierungssätze für die Strukturfonds ab, die sonst eine zusätzliche Haushaltsbelastung bewirken und in Zeiten strenger Haushaltsdisziplin und schwindender Ressourcen den EU-Mittelabfluss weiter dämpfen würden. In diesem Zusammenhang sei die Einrichtung eines auf regionale Verhältnisse ausgerichteten Sicherheitsnetzes unabdingbar, um etwaige Mittelkürzungen nach 2020 geringer ausfallen zu lassen. Ansonsten werde das bisher Erreichte grundlegend gefährdet. • df

Besuchergruppe der Hochschule Stendal besucht Landesvertretung

65

Im Rahmen einer Exkursion besuchte **am 18. Oktober** eine Gruppe von Studierenden der Hochschule Stendal die Landesvertretung in Brüssel, begleitet von Vertretern der Investitionsbank Sachsen-Anhalt.



Die Studenten des dualen Bachelorstudienganges Betriebswirtschaftslehre wurden zunächst durch die stellvertretende Leiterin der Landesvertretung, Carmen Johannsen, begrüßt und erhielten anschließend von Daniel Wentzlaff, Referent für Energie- und Wirtschaftsfragen in der Landesvertretung, eine **Einführung in die Aufgaben und die Arbeitsweise der Repräsentanz** in Brüssel und in aktuelle Europathemen von Landesinteresse wie z.B. den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027. Anschließend informierte Robin Svoboda, derzeit als Praktikant tätig, über die Praktikumsmöglichkeiten in der EU-Vertretung von Sachsen-Anhalt

Abgerundet wurde der Besuch mit einer Führung durch die Liegenschaft, die eine bewegte Geschichte hinter sich hat. Nach den Plänen von Bauhaus-Schüler Franz Ehrlich zwischen 1966 und 1969 erbaut, diente das Gebäude am Boulevard Saint Michel 80 zunächst als Handelsvertretung und danach als Botschaft der ehemaligen DDR und wurde später von Sachsen-Anhalt erworben und im Zuge einer umfassenden Rekonstruktion zu einem modernen „Zentrum der Regionen“ umgebaut. Die Brüsseler Repräsentanz von Sachsen-Anhalt bietet Interessenten aus den verschiedensten Bereichen hervorragende Möglichkeiten für Kontakte sowohl zu EU-Institutionen als auch zu Vertretern anderer EU-Mitgliedsstaaten und Regionen.



Zuvor war die Gruppe bereits im Europäischen Parlament bei MdEP Sven Schulze zu Gast.

• dw; Fotos: rs

Ausschuss der Regionen – 20. COTER-Sitzung in Brüssel

Am **24. und 25. Oktober** 2018 fand die 20. Sitzung der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) im Ausschuss der Regionen (AdR) statt. Sachsen-Anhalt wurde durch Herrn **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** vertreten.

Im Rahmen der Sitzung wurde u.a. der erste Entwurf der AdR-Stellungnahme zum Entwurf der Kommission für eine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen der Strukturfonds nach 2020 erörtert und anschließend darüber abgestimmt. Der von den Ko-Berichterstattem StS Dr. Schneider (Vorsitzender der EVP-Fraktion im AdR) und Frau Catuscia Marini (Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR) eingebrachte Entwurf hat insbesondere zum Ziel, die Implementierung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) im Sinne einer auf die Bedürfnisse der Städte und Regionen ausgerichteten starken Kohäsionspolitik effizienter und effektiver zu gestalten, um die bisher erreichten positiven Entwicklungen auch nach 2020 fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang betonte Frau Marini zu Beginn die Bedeutung der positiven Synergien zwischen den ESIF und der Agrarpolitik und setzte sich insbesondere für eine Mittelerhöhung für den Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ein. Nur hiermit könne die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik gestärkt werden. Auch die im Entwurf der Kommission vorgesehenen Kürzungen des Interreg-Programms lehnte Frau Marini ab und plädierte stattdessen für eine Erhöhung der Mittel in diesem Bereich, da hier der europäische Mehrwert eindeutig erkennbar sei.

Herr StS Dr. Schneider unterstrich ebenfalls die **Notwendigkeit der angemessenen Mittelausstattung für die Kohäsionspolitik**, um eine effektive Bewältigung der in den Regionen bestehenden Problemlagen wie etwa den demografischen Wandel zu ermöglichen. Daher lehne der Entwurf der Stellungnahme eine Reduzierung der Kofinanzierungssätze für die Strukturfonds ab und fordere die Einrichtung eines auf regionale Verhältnisse ausgerichteten Sicherheitsnetzes. Ferner sei der im Stellungnahmeentwurf verankerte territoriale Ansatz von Bedeutung, da er nicht nur die geltende Beschlusslage des AdR darstelle, sondern auch dem Subsidiaritätsprinzip folge. Auf der Grundlage der Arbeit der von der Kommission eingesetzten Taskforce für Subsidiarität – der Herr StS Dr. Schneider angehört – und der im Entwurf der Stellungnahme enthaltenen Vorschläge könne durch eine auf grundlegenden Vereinfachungen



beruhende Implementierung im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung für die tatsächliche Erhöhung der Wirksamkeit der Kohäsionspolitik sorgen.

Die Stellungnahme stieß in der anschließenden kurzen Diskussion auf breite Zustimmung in der Fachkommission. Auch hier unterstrichen die Diskutanten die Bedeutung der Subsidiarität und begrüßten die Fortsetzung der Förderung aller europäischen Regionen nach 2020.

Im Anschluss wurde der Entwurf der Stellungnahme einstimmig angenommen, was als lohnender Erfolg der umfangreichen Vorbereitungen und des Einbezugs zahlreicher Änderungsvorschläge der AdR-Mitglieder insbesondere über Kompromissvorschläge der Ko-Berichtersteller gewertet werden kann.

Die endgültige Verabschiedung ist im AdR-Plenum am 5. und 6. Dezember 2018 vorgesehen.

• ls

Jahresrückblick 2018 • November

Europäische Plattform der Kohleregionen im Übergang – Sachsen-Anhalt präsentiert sich erneut



Am **5. und 6. November** tagte in Brüssel erneut die von der EU-Kommission im Dezember 2017 ins Leben gerufene europäische Plattform zur Unterstützung von Kohleregionen im Übergang.

Im Rahmen der Plattform möchte die EU-Kommission – neben dem Austausch von Besten Praktiken – die **41 europäischen Regionen mit Kohlebergbauaktivitäten** bei der Identifizierung, Entwicklung und Umsetzung von Projekten unterstützen, die das Potential zu einem tragfähigen wirtschaftlichen und technologischen Wandel haben. Im Zuge der Plattform wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet: 1. Post-Kohle Wirtschaft und struktureller Wandel; 2. Saubere Luft, Öko-Innovation und Transformation der Energiesysteme.

In der Novembersitzung standen Regionalentwicklung und Strukturwandel im Mitteldeutschen Braunkohlerevier – wie bereits beim Juli-Treffen – erneut auf der Agenda. Vorgestellt wurde dabei die **Innovationsregion Mitteldeutschland**, ein Zusammenschluss von neun Landkreisen und 2 Städten in den drei mitteldeutschen Bundesländern **Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen**. Ziel der Kooperation ist die Erarbeitung von Potenzialen für die zukünftige Wertschöpfung in der Region. Impulse sollen dabei unter anderem von neuen energiewirtschaftlichen Konzepten als auch von innovativen Mobilitäts- und Tourismusvorhaben ausgehen. Partner des Projekts aus Sachsen-Anhalt sind die Stadt Halle (Saale), der Burgenlandkreis, der Landkreis Mansfeld-Südharz sowie der Landkreis Anhalt-Bitterfeld.



Eine Delegation aus Sachsen-Anhalt mit **Andy Haugk**, dem Bürgermeister von Hohenmölsen (Burgenlandkreis), Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) sowie dem Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS in Halle (Saale) bekam zudem die Möglichkeit eines bilateralen Gesprächstermins mit der EU-Kommission. **Arne Lietz (SPD), Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt**, und ein Mitarbeiter der Landesvertretung nahmen ebenfalls an dem

Termin teil.

Die Delegation der EU-Kommission, die Klaus-Dieter Borchardt (Direktor Energiebinnenmarkt, Generaldirektion Energie) sowie Juraj Nociar (Kabinettschef von Vizepräsident der EU-Kommission Maroš Šefčovič) anführten, umfasste eine große Anzahl von Experten verschiedener Dienststellen der EU-Kommission, die die Projektvorschläge aus Sachsen-Anhalt auf deren Förderfähigkeit mit europäischen Mitteln prüfte und Tipps und Anregungen (z.B. zu passenden EU-Ausschreibungen oder zu Beihilfefragen) gab. • dw



Weitere Informationen:

- Webseite der EU-Kommission zum Thema Kohle: s. [hier](#)
- Innovationsregion Mitteldeutschland: s. [hier](#)

IMPULS-Festival in der Landesvertretung

Am 06. November 2018 war die Landesvertretung Gastgeber eines Sonderkonzerts des 2008 gegründeten IMPULS-Festivals. Das Festival, welches in diesem Jahr bereits seinen zehnten Geburtstag feiert, gilt als eines der jüngsten Festivals für neue Musik, für das sich alle Orchester des Landes Sachsen-Anhalt sowie der MDR Rundfunkchor und das MRD Sinfonieorchester zusammenschließen.

Herr **Burkhard Fieber**, Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegenheiten und Medienpolitik der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, führte in den Abend ein indem er die musikalische Geschichte und heutige Bedeutung Sachsen-Anhalts als Musikland beleuchtete und das Besondere am diesjährigen IMPULS-Festivals herausstellte. 2018 steht es unter dem Motto „Junge Meister“ – dabei werden junge Solisten, Dirigenten und Komponisten aus verschiedenen Ländern, die noch am Anfang ihrer Karriere stehen, in drei internationalen „Masterclasses“ gefördert. Hier lernen die jungen Künstler sich bestimmte Techniken anzueignen um Neue Musik zu interpretieren und einem breiten Publikum vermitteln zu können. Überdies stehen die Masterclasses ganz im Sinne des „Bauhaus-Gedanken“:



Der fließende Übergang von Handwerk – den genannten Interpretation- und Vermittlungstechniken – und der Musik als Form der Kunst. Der Intendant des IMPULS-Festivals, Herr **Hans Rotman**, ermöglichte in einem lebhaften Kurzvortrag dem Publikum einen Einblick, wie der Zugang zu Neuer Musik auch für Dirigenten, Musiker und zuletzt das



Publikum gestaltet ist und welchen künstlerischen Stufen und Hindernissen die Umsetzung der Neuen Musik begegnet.

Durch das Programm des Abends führte die im Jahr 2000 in Dresden geborene Violin-Solistin **Charlotte Thiele**. Die bereits mehrfach mit dem ersten Preis beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ ausgezeichnete Musikerin trat u.a. schon mit der Anhaltinischen Philharmonie Dessau und dem Philharmonischen Kammerorchester in Wernigerode auf. Seit 2015 ist sie außerdem Stimmführerin des Bundesjugendorchesters. Begleitet wurde sie teilweise auf dem Klavier von **Sujung Lee** aus



Südkorea, die ebenfalls mehrere Musikwettbewerbe, u.a. in Filinadelfia (Italien) gewonnen hat. Nach ihrem Masterstudium der Musik setzt sie ihre Ausbildung nun in der Klavierklasse der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg fort und nimmt regelmäßig Auftritte als Solistin am Klavier wahr.

Die beiden jungen Künstlerinnen boten einen abwechslungsreichen Einblick in die Neue Musik mit Werken verschiedener deutscher, aber auch belgischer Komponisten. Mit Stücken wie der weihnachtsthematischen Komposition „Kerstburlesken“ von Wilfried Westerlinck und der in A-Dur geschriebene Sonate für Klavier und Violine von César Franck aus Belgien wurde Neue Musik in all ihren Facetten interpretiert. Ein besonderer Höhepunkt war auch die Uraufführung des Werkes „Asche“ des jungen deutsch-kurdischen Komponisten Cya Bazzaz, mit der er an den Ausbruch des 30jährigen Krieges erinnert.

Eine besondere Freude war außerdem, dass der Komponist **Wilfried Westerlinck** selbst als Zuhörer im Publikum zugegen war und



seine Reaktion im Anschluss an das Konzert seine Begeisterung für die Darbietung widerspiegelte. Die beiden Künstlerinnen haben es wirklich meisterhaft verstanden, das Ziel des Impuls-Festivals in die Praxis umzusetzen und das Publikum in Brüssel mit ihrem Auftritt zu begeistern. • ls

Fotos: Michael Seidler

Photographer.seidler@me.com

www.michael-seidler-photo.com



Studenten der Hochschule Harz besuchen Landesvertretung Brüssel

Im Rahmen einer fünftägigen Studienreise lernte eine Gruppe von 10 Studenten der Hochschule Harz die Landesvertretung in Brüssel kennen. Bei einer Führung durch die Liegenschaft wurden die interessierten Besucher von Frau Carmen Johannsen, stellvertretende Leiterin der Landesvertretung, über die Geschichte des Gebäudes als Botschaft der ehemaligen DDR bis hin zur Entstehung des „Zentrums der Regionen“ informiert. Zudem wurden der Gruppe sowohl die Funktion, als auch die gesamte Bandbreite der Tätigkeiten der Vertretung des Landes bei der EU nähergebracht.



Im Anschluss daran gab Robin Svoboda, Praktikant der Landesvertretung, einen Einblick in seine Tätigkeit. Er beantwortete Fragen und gab hilfreiche Tipps zum Praktikum in Brüssel. Unter den Besuchern waren auch 2 Studenten, die sich bereits erfolgreich für ein Praktikum im Jahr 2019 bei der Landesvertretung beworben haben. Für sie waren die Hinweise und Erfahrungen von besonderem Interesse. Während ihres einwöchigen Aufenthalts besuchen die Studenten unter anderem noch das Europäische Parlament und die Europäische Kommission. • ls

Veranstaltung zu Grünem Wasserstoff– innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt

71

Am **13. November** fand in der Landesvertretung Brüssel eine Veranstaltung unter dem Titel „Grüner Wasserstoff: Wegbereiter für eine CO₂-arme Wirtschaft und Chance für den Strukturwandel – innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt“ statt. Eingeladen dazu hatten das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie die EU-Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt gemeinsam den Partnern HYPOS e.V. und dem Hallenser Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS. Durch die Veranstaltung führte Dr. Kathrin Goldammer, Geschäftsführerin des Reiner Lemoine Instituts in Berlin.



Dr. Jürgen Ude, Wirtschafts-Staatssekretär, betonte in seinem Grußwort, dass das Mitteldeutsche Braunkohlerevier in den nächsten Jahren vor einem bedeutenden Strukturwandel stehe. Die Region könne eine Leitfunktion für diesen Strukturwandel übernehmen und demonstrieren, wie die Wirtschaftlichkeit mit erneuerbaren Ressourcen und zirkulärer Wirtschaft Hand in Hand gehe. Dabei komme der grünen

Wasserstofftechnik eine Schlüsselfunktion zu. Dies betreffe die zirkuläre Kohlenstoffnutzung und die Minderung der CO₂-Emissionen in der Chemieindustrie und Raffinerietechnik, aber auch die wirtschaftliche Bereitstellung von Wasserstoff im Bereich Mobilität. In Richtung EU-

Kommission forderte Staatssekretär Dr. Ude eine angemessene Förderung des Energieträgers Wasserstoff im neuen Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ (2021-2027), zudem lobte er die Einrichtung der Europäischen Kohleplattform zum Austausch von Besten Praktiken der 41 europäischen Kohleregionen.

In der anschließenden Präsentation von Dominik Härle vom Fraunhofer IMWS gab es anschauliche Beispiele für die Wasserstoff-Nutzung in Sachsen-Anhalt. Die Region rund um das Mitteldeutsche Chemiedreieck mit ihrem Bedarf an Wasserstoff sei prädestiniert für die Umsetzung einer grünen Wasserstoffwirtschaft, so Härle. Zudem weise Sachsen-Anhalt bei vielen Themenbereichen ein hohes Innovationspotenzial auf, verfüge über eine 150 km lange und damit die zweitlängste Wasserstoffpipeline Deutschlands sowie über Salzkavernen, die zur Großspeicherung von Wasserstoff genutzt werden könnten. Flankierend gebe es Forschungsmaßnahmen wie [HYPOS](#) (Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany), ein vom Bund gefördertes Projekt, welches – im Netzwerk mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen – die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Energieumwandlung, -speicherung und des Energietransports mittels Wasserstoff untersuche. Ziel sei es dabei, unabhängiger von fossilen Energieträgern zu werden, den Energietransfer vom Stromsektor in den Verkehrs- und Wärmesektor (Sektorkopplung) zu erleichtern und die fluktuierenden Erneuerbaren Energien besser in die Stromnetze zu integrieren.



72



José Cotta aus Generaldirektion Forschung der EU-Kommission gab danach einen Ausblick auf das neue Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ im Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027. Während der siebenjährigen Laufzeit des Programms sollen rund 100 Milliarden Euro für Forschung und Innovation in der EU zur Verfügung stehen. Die EU-Kommission setze in ihren Vorschlägen auf Kontinuität (Motto: „Evolution statt

Revolution“) zum bisherigen Rahmenprogramm „Horizont 2020“ und übernehme viele bewährte Programmlinien und Regeln, so z.B. die dreigliedrige Pfeilerstruktur: 1. „Offene Wissenschaft“, 2. „Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit“ und 3. „Offene Innovation“. Für die Förderung von Wasserstofftechnologien wurde eine neue Partnerschaft in Aussicht gestellt. Die Details seien noch offen, da man sich aktuell in den Verhandlungen zum Programm mit den Mitgesetzgebern Rat und EU-Parlament befinde. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Podiumsdiskussion, an der – neben den bereits genannten Vortragenden – Jorgo Chatzimarkakis, Generalsekretär von Hydrogen Europe (Branchenverband der Wasserstoffindustrie) und Hans-Joachim Polk, Vorstand der Leipziger Verbundnetz Gas AG (VNG), teilnahmen. Beide forderten unisono in Richtung Politik eine stärkere regulatorische Unterstützung des Energieträgers Wasserstoff, damit Europa nicht den Anschluss an die globalen Mitbewerber, insbesondere aus Asien, verliere. • dw

Tagung der Arbeitsgruppe Europa des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz am 14. und 15. November 2018 in Brüssel

Am **14. und 15. November** 2018 fand die Sitzung der Arbeitsgruppe Europa des Strafrechtsausschusses der Justizministerkonferenz im Charlemagne-Gebäude der EU-Kommission (EU-KOM) und in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel statt. Die Vertreter der Landesjustizministerien und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz sowie Gäste aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union hörten Vorträge von Fachexperten der EU-KOM zu ausgewählten Themen mit strafrechtlichem und strafprozessrechtlichem Bezug.

Frau Katarina Cutuk von der Generaldirektion (GD) Justiz und Verbraucher gab einen Überblick über die Maßnahmen der EU-KOM im Rahmen der Europäischen Sicherheitsunion und des Kampfs gegen den Terrorismus und sprach u.a. die Bereiche Umweltkriminalität und Cybercrime sowie Interoperabilität für die Zukunft der EU an.



Danach erläuterte Herr Adam Juszcak aus dem Referat Allgemeines Strafrecht der GD Justiz und Verbraucher den derzeit stattfindenden Aufbau der Europäischen Staatsanwaltschaft, die ihre Tätigkeit Ende 2020 aufnehmen solle. Das Auswahlgremium zur Empfehlung des Europäischen Generalstaatsanwaltes solle sich noch vor Weihnachten treffen, um das Ernennungsverfahren bis April vor Ende der Legislaturperiode durchzuführen.

Frau Patricia Hamel aus der GD Justiz und Verbraucher, Referat Strafprozessrecht, referierte zum TOP e-Evidenz und ging vor allem auf die kritischen Punkte der Vorschläge zum grenzübergreifenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln ein. Die sog. Notifikationslösung und der Schutz von Grundrechten der Betroffenen, deren Daten grenzübergreifend bei Service Providern erhoben werden sollen, führten zu einer lebhaften Diskussion.

Zur Interoperabilität von Datenbanken führte Herr Philippe Van Triel von der GD Migration und Inneres des Referats Informations-Systeme für Grenzen und Sicherheit aus. Er referierte u.a. zum geplanten hit/ no-hit-Verfahren für Anfragen in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auch in Datenbanken, die nicht vorrangig der Strafverfolgung dienen.



Herr René Steiner aus der GD Migration und Inneres, Referat Cyberkriminalität, berichtete über die Arbeit der EU-KOM zur Verschlüsselung im Zusammenhang mit schwerer und organisierter Kriminalität. Gesetzgebungsvorschläge seien derzeit nicht geplant, dafür aber eine Reihe untergesetzlicher Maßnahmen.

Zum Verhandlungsstand und Inhalt der EU-Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche berichtete Herr Joeren Blomsma, GD Migration und Inneres, aus dem Bereich Terrorismus und Radikalisierung. Zum Stand des Vorschlags für eine Richtlinie zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln referierte Herr Michele Socco aus der gleichen GD, Referat Cyberkriminalität. Die Trilogverhandlungen befänden sich mittlerweile in der zweiten Runde.

Am zweiten Tag tagte die Gruppe in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts und hörte zur Zukunft der Europäischen Union, besonders zum Strafprozessrecht in der Justizpolitik, die Direktorin für Strafjustiz in der EU-KOM, Frau Alexandra Jour-Schroeder aus der GD Justiz und Verbraucher. Sie kündigte an, den Fokus auf ein geeignetes Verhältnis von Harmonisierung und gegenseitiger Anerkennung des nationalen Rechts für die Bereiche Straf- und Strafprozessrecht legen zu wollen.



Schließlich trug Herr Stefan Führung von der Task Force Brexit mit einem aktuellen Beitrag zu den Auswirkungen des Brexit auf die Zusammenarbeit bei Ermittlung und Strafverfolgung bei. Beiden Vorträgen schloss sich jeweils eine intensive Fragerunde an, so dass die Besucher im Anschluss bereits mit einigen Antworten im Gepäck wieder den Rücktritt antreten konnten.

• ml Fotos: ls

Seminarreise „Europäische Institutionen im Blick I“

Die europäischen Institutionen fest im Blick hatten die Teilnehmer einer **vom 19. bis 21. November** durchgeführten Seminarreise im Rahmen der erstmalig aufgelegten, modularen Qualifizierungsmaßnahme „Europa und Internationales“ für Nachwuchsführungskräfte aller Ressorts.

Herr **Thomas Wobben**, seit 2012 Direktor für Legislativtätigkeiten im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) und zuvor langjähriger Leiter der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union (EU), gab einen umfassenden Einblick in die Funktions- und Arbeitsweise dieses beratenden Gremiums im institutionellen Gefüge der EU, das sich aus lokal und regional gewählten Vertretern aller 28 Mitgliedsländer zusammensetzt. Sachsen-Anhalt, das im AdR durch den Bevollmächtigten des Landes beim Bund, **Staatssekretär Dr. Michael Schneider** und **Tilman Tögel**, Mitglied des Kreistags Stendal, vertreten wird, verfügt, wie die Ausführungen von Herrn Wobben verdeutlichten, mit dem AdR über ein bedeutendes Instrument, seinen Anliegen in Brüssel Gehör zu verschaffen. So ist die wichtigste Aufgabe des AdR die Erarbeitung von Stellungnahmen, in denen herausgehoben wird, in welchen Punkten der Ausschuss mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission übereinstimmt und in



welchen Punkten er Änderungen für notwendig hält. Ausführlich stellte Herr Wobben auch die Arbeit der von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eingesetzten *Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“* vor, die u.a. Empfehlungen für eine bessere Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der



Verhältnismäßigkeit auf EU-Ebene erarbeiten sollte. In ihrem im Juli vorgelegten Abschlussbericht spricht sich die Taskforce, der wiederum Herr Staatssekretär Dr. Schneider als einer von nur drei Vertretern des AdR angehörte, für ein vermehrtes Mitspracherecht der lokalen, regionalen und nationalen Behörden bei der Politikgestaltung der EU aus.

Einen praxisnahen Einblick in den Arbeitsalltag eines EU-Parlamentariers erhielten die Teilnehmer der Seminarreise von **MdEP Arne Lietz** (SPD). Lietz, der 2014 erstmals ins Europäische Parlament einzog und dort ordentliches Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie im Entwicklungsausschuss ist, lobte einerseits die überparteiliche und zumeist sachorientierte Zusammenarbeit eines Großteils der Europaparlamentarier, ging andererseits aber auch auf die Herausforderungen für die Parlamentsarbeit durch die Anwesenheit europaskeptischer bzw. europafeindlicher Abgeordneter ein. Mit Blick auf die Europawahl 2019 warb Lietz für mehr politische Bildung und Aufklärung über die Arbeit der EU und warf schließlich die Frage auf, wie Jungwähler im kommenden Jahr zur Stimmabgabe motiviert werden könnten. Eine kurze Führung durch das beeindruckende Parlamentsgebäude bildete den Abschluss dieses Programmpunkts.



Nicht weniger als zehn Sprachen beherrscht Dr. Béla Béres, der in einem lebendigen und mit feinsinnigem Humor durchzogenen Vortrag die Europäische Kommission (Kommission) als das ausführende Organ der Union, also die Exekutive der EU, vorstellte. Herr Béres, der dem Juristischen Dienst angehört, skizzierte anschaulich die Beziehungen der Kommission zu den anderen europäischen Organen und Einrichtungen und ging auch auf aktuelle Problemlagen, Stichwort „Brexit“, ein. Bei einem informativen Rundgang durch das Berlaymont-Gebäude, das u.a. die Büros des Präsidenten der Kommission und der übrigen 27 Kommissare, sowie ihrer persönlichen Mitarbeiter beherbergt, konnten der berühmte Pressesaal und der Friedensnobelpreis, den die EU im Jahr 2012 für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa erhalten hatte, in Augenschein genommen werden.





Des Weiteren gewährten das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Person von Herrn Referatsleiter **Dr. Frank Michlik**, und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, vertreten durch Frau **Juliane Thümmel**, in Fachvorträgen interessante Einblicke in ihre jeweiligen Zuständigkeits- und Aufgabenbereiche.



Eine angeregte Diskussion über die EU-Berichterstattung im Spannungsfeld zwischen Gleichgültigkeit, „nationaler Brille“ und Europaskeptizismus entspann sich mit MDR-Korrespondent **Malte Pieper** bei einem Besuch im ARD-Studio Brüssel. Herr Pieper, der seit 2015 in Brüssel lebt und arbeitet, illustrierte zudem gekonnt, dass sein Berichtsgebiet, nämlich Belgien, Luxemburg und die Niederlande, noch weit mehr zu bieten hat als nur EU und NATO. Zum Abschluss der Seminarreise galt der große Dank der Teilnehmer dem Team der Landesvertretung Brüssel für die Ermöglichung eines lehrreichen Programms, das neben den bereits erwähnten Punkten auch eine Führung durch das erst 2017 eröffnete Haus der Europäischen Geschichte und eine Teilnahme am Weinfest der Hessischen Landesvertretung vorsah. • *drms Fotos: rs und Denise Vopel*

22. November 2018

Veranstaltung: Bauhaus – Moderne – Magdeburg in den Zwanzigern

Zur Einstimmung auf das 100-jährige Gründungsjubiläum des Bauhauses im Jahr 2019 lud die Landesvertretung Sachsen-Anhalt am **22. November** 2018 zur Veranstaltung „Bauhaus – Moderne – Magdeburg in den Zwanzigern“ ein.

76



Herr **Kulturstatssekretär Dr. Gunnar Schellenberger** hob in seinem Grußwort die herausragende Bedeutung des Bauhauses als Ort der internationalen Avantgarde jener Zeit hervor. Trotz Verfolgung, Vertreibung, teilweisen Vernichtung oder bewussten Umdeutung durch die Nationalsozialisten bzw. während der DDR-Diktatur lebten die Ideen des Bauhauses bis heute fort. Herr Dr. Schellenberger verwies in diesem

Zusammenhang auf die zahlreichen Bauhausstätten in Sachsen-Anhalt und warb bei den Anwesenden für einen Besuch im Jubiläumsjahr.





Die Bauhausbauten in Dessau, allen voran der von 1925 bis 1926 nach Plänen von Walter Gropius als Schulgebäude für die Kunst-, Design- und Architekturschule Bauhaus geschaffene Gebäudekomplex sowie die in unmittelbarer Nähe errichteten Meisterhäuser, die den Ruf des Bauhauses als „Ikone der Moderne“ begründeten, standen im Mittelpunkt des Vortrags von Herrn **Burghard Duhm** von der Stiftung Bauhaus Dessau. Herr Duhm informierte ferner über das umfangreiche Veranstaltungsprogramm im Jubiläumsjahr und verwies insbesondere auf die für den 8. September 2019 geplante Eröffnung des neuen Bauhaus Museums Dessau.



Die Direktorin der Magdeburger Museen, Frau **Dr. Gabriele Köster**, betonte in ihrer Begrüßung den hohen Stellenwert Magdeburgs für die Architektur der klassischen Moderne in Deutschland und sieht die damals in der „Stadt des neuen Bauwillens“ entstandenen Bauensembles auf einer Stufe beispielsweise mit der Weißenhofsiedlung in Stuttgart (Mies van der Rohe), dem neuen Frankfurt von Ernst May oder der berühmten Berliner Hufeisensiedlung von Bruno Taut.

Der Kurator und Architekturhistoriker Herr **Dr. Michael Stönneberg** von den Magdeburger Museen führte in seinem Vortrag in die Ausstellung „Reformstadt der Moderne. Magdeburg in den Zwanzigern“ ein. Die am Veranstaltungsabend im Foyer und in der Galerie der Landesvertretung gezeigte Tafelausstellung veranschaulichte die Zusammenhänge zwischen den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbrüchen und dem Aufbruch in die Moderne in der Architektur und Kunst zwischen 1918 und 1933.



Wie Herr Dr. Stönneberg verdeutlichte, stellte sich die heutige Landeshauptstadt Magdeburg in der Zeit der Weimarer Republik früher und konsequenter als jede andere Großstadt unter den Vorzeichen der Moderne neu auf und erregte damit deutschlandweite Aufmerksamkeit. Unter der Leitung von Oberbürgermeister Hermann Beims wurde Magdeburg in den Jahren von 1919 bis 1931 durch Neuerungen auf vielen Gebieten zu einer wahren Reformstadt, konnte sich hier die Moderne in vielen Facetten und Themen entfalten. Der Geist dieser Magdeburger Moderne kam vor allem auch in der architektonischen



Formensprache zum Ausdruck, der Bruno Taut in seiner Funktion als Baustadtrat (1921-1923) wegweisende Impulse gab. Viele Bauten dieser Zeit sind erhalten und bilden ein bedeutendes bauliches Erbe der Moderne – allen voran das Stadthallen-Areal auf der Rotehorninsel in der Elbe, daneben die von Taut entworfene Gartenstadt-Kolonie Reform und die Hermann-Beims-Siedlung als die bedeutendste der zahlreichen Magdeburger Arbeitersiedlungen.

Die musikalische Gestaltung des Abends oblag dem **Ensemble BauhausJazzSummit**, bestehend aus den Musikern Jörg Naumann (Saxophon, Querflöte), Falk Röske (Percussion, Gong), Gerold Heitbaum (Gitarre), Conrad Steinhoff (Bass) und Markus Lämmel (Schlagzeug).
• drms

Fotos: Alain Bienenstock www.alainbienenstock.be

S3Chem Partnertreffen in der LV Brüssel

Am **22. November 2018** trafen sich die **8 Projektpartner aus 7 europäischen Regionen** des Interreg Europe Projektes „S3Chem“, in dem das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt federführender Partner ist, in der Landesvertretung in Brüssel. Ziel des gemeinsamen Treffens war die Präsentation der ersten Ideen für die regionalen Aktionspläne, die zu einer Verbesserung der Implementierung der regionalen Innovationsstrategien (RIS) dienen sollen. Basierend auf den gewonnenen Analyseergebnissen zur Stakeholdereinbindung und Governance der RIS, Projektgenerierung, Förderinstrumenten sowie dem Evaluierungs- und Steuerungsprozess von Projektanträgen, sollen gemeinsam mit regionalen Stakeholdern Maßnahmen entworfen werden, die den Zugang für Unternehmen zu Innovationsförderung im Bereich Chemie und Bioökonomie erleichtern und damit die Innovationsförderung optimieren sollen. Dabei fließen Erkenntnisse und die im Austausch gewonnenen guten Erfahrungen aus anderen europäischen Partnerregionen in die Gestaltung der Aktionspläne mit ein.

Durch die Vorstellung der regionalen Aktionspläne haben die Projektpartner einen guten Überblick darüber bekommen, wie ein solcher Aktionsplan gestaltet



werden kann und welche konkreten Maßnahmen darin ergriffen werden können. Die Projektpartner sind nun aufgefordert, den Entwurf ihres regionalen Aktionsplans bis zum Ende der 1. Projektphase weiterzuentwickeln. Die Umsetzung der Aktionspläne soll dann in der 2. Phase des Projektes von April 2019 bis März 2021 in den europäischen Regionen erfolgen. Die Ideen zu den regionalen Aktionsplänen wurden in einem zweiten Teil des Projekttreffens mit Vertretern europäischer Institutionen und Initiativen zur Förderung der interregionalen Zusammenarbeit diskutiert. Darüber hinaus gab Lieven Top (Flämische Regierung) interessante Einblicke in die trilaterale Kooperationsarbeit zwischen den Chemieregionen Limburg, Nordrhein-Westfalen, Flandern.

Weiterhin erläuterte Laurent de Mercey (Europäische Kommission, GD REGIO) die Intentionen der Europäischen Kommission für die interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der nächsten Förderperiode von 2021 bis 2027. Die Europäische Kommission legt aufgrund der positiven Erfahrungen u. a. mit einer Pilotmaßnahme in der derzeitigen Förderperiode ihren Fokus zukünftig auf interregionale Innovationsinvestitionen. Thomas Wobben (Ausschuss der Regionen) berichtete über die aktuellen Entwicklungen in der Debatte der EU zur Ausgestaltung der zukünftigen interregionalen Zusammenarbeit. Für die künftige Ausgestaltung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit sind drei verschiedene Modelle zur Förderung der interregionalen Zusammenarbeit denkbar: 1.) die bestehende Infrastruktur zur Förderung von Innovationen bleibt bestehen, 2.) die bestehende Infrastruktur bleibt bestehen und wird durch ein neues Instrument ergänzt und 3.) ein gänzlich neues Instrument zur Finanzierung von interregionalen und transnationalen Kooperationen wird geschaffen.

Mikel Irujo betonte als Vertreter der Vanguard Initiative die Wichtigkeit europäischer Kooperation im Bereich der Innovationsförderung. Insbesondere die Bündelung von Ressourcen und das Nutzen von Synergien zwischen den europäischen Regionen sind wichtige Vorteile europäischer Kooperationen. Um regionale Stärken effektiv einsetzen und bündeln zu können, bilden gemeinsame Plattformen die Basis. Eine derartige Plattform wurde während des Treffens von Neli Georgieva (European Chemical Regions Network) und Andreas Pauer (Ecorys) für den Bereich Chemie und Bioökonomie vorgestellt. Auch



die Partner des „S3Chem“-Projektes zeigen großes Interesse an der Teilnahme an der sogenannten S3Plattform für den Chemiebereich. So sind bereits fünf der sieben Partnerregionen aktive Mitglieder der Plattform, wobei die Regionen Limburg und Lombardei gar die federführende Rolle einnehmen.

Die Projektpartner ließen das interregionale Arbeitsgruppentreffen bei der Abendveranstaltung „Bauhaus – Moderne - Magdeburg in den Zwanzigern“ ausklingen, welche durch die Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel organisiert wurde. • *Gastartikel*



Jahresrückblick 2018 • Dezember

Ausschuss der Regionen – 132. Plenartagung am 5./6. Dezember in Brüssel

Am **5. und 6. Dezember** 2018 fand die 132. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Europäischen Parlament (EP) in Brüssel statt.

Die Sitzung begann mit einer Debatte zur Zukunft der Kohäsionspolitik mit Kommissarin für Regionalpolitik und Stadtentwicklung **Corina Cretu**. Cretu betonte den hohen Stellenwert der Kohäsionspolitik (KHP) für den EU-Zusammenhalt. Sie wies auf die Bedeutung der geteilten Mittelverwaltung im Einklang mit dem Partnerschaftsprinzip hin, da dies den EU-Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Regionen verdeutliche. Um den EU-Mehrwert weiter auszubauen, müsse man nach 2020 zusätzliche Flexibilität in die KHP einführen.

In der Diskussion unterstrich **Dr. Michael Schneider**, Staatssekretär für Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt sowie Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im AdR, dass der Entwurf der Kommission (KOM) zur KHP nach 2020 begrüßenswerte Elemente enthalte, es zugleich aber einige optimierungsbedürftige Aspekte gebe. Hierzu zähle die Einführung einer Halbzeitevaluierung mit Umprogrammierung nach fünf Jahren, was der AdR ablehne. Das im KOM-Vorschlag vorgesehene Sicherheitsnetz zur Minimierung der Kürzungen der Strukturfondsmittel für die Mitgliedstaaten müsse ferner auf die regionale Ebene angesetzt, die Kofinanzierungssätze angehoben und demografische Faktoren bei der Mittelverteilung angewandt werden. Catiusca Marini, Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion (SPE) im AdR, lobte die Beibehaltung der bisherigen Architektur der KHP im KOM-Entwurf und setzte sich für eine stärkere Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ein. Abgelehnt werde die Herauslösung des ländlichen Entwicklungsfonds aus der Rahmenverordnung für die Strukturfonds (ESIF) nach 2020.

Weitere Abgeordnete sprachen sich für eine Erhöhung der Ausgaben für Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, für soziale Inklusion und für Gleichstellung sowie eine verbesserte Kommunikation der Erfolge der KHP an die Bürgerinnen und Bürger aus.

Am zweiten Tag des Plenums fand eine weitere Aussprache mit Michel Barnier, EU-Chefunterhandler für das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs (VK) aus der EU, statt. Barnier skizzierte den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem VK, in denen es gelte, ein Abkommen zu schaffen, das die Unsicherheiten des Brexit minimiere und vor allem die Rechte der Bürgerinnen und Bürger schütze. Obgleich der Brexit in Verlusten für beide Verhandlungspartner münden werde, sei das Ziel des Rates, eine geordnete Trennung zur Reduzierung der negativen Folgen und zur Maximierung der Transparenz und des Dialogs zu vollziehen, um hiermit die Grundlage für ein möglichst enges Verhältnis in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und justizielle Zusammenarbeit zu gestalten. Hierzu müsse der Brexitvertrag durch das britische Parlament verabschiedet werden, um dann auf Basis neuer Verträge in den Bereichen Handel, justizielle Zusammenarbeit, Sicherheit, Fischerei, Wettbewerbspolitik eine möglichst enge und faire Partnerschaft zu gestalten. Festzuhalten sei, dass das dem VK vorliegende Abkommen mit u.a. einer Versicherung zur Vermeidung einer harten Grenze zwischen Irland und Nordirland der bestmögliche und einzige Ansatz sei, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Es gebe keine Alternativen die mit den Prioritäten der EU – der Einheit der 27 verbleibenden Mitgliedstaaten und dem Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten – vereinbar sei. Man hoffe, dass das Parlament dies erkennen werde und durch eine

Zustimmung zum Austrittsvertrag die Verhandlungen über die zukünftige Beziehung erlauben werde, damit man bis zum 1. Juli 2020 hier zum Abschluss kommen könne.

In der Diskussion unterstrichen zahlreiche Abgeordnete die negativen Auswirkungen des Brexit auf die verschiedenen Regionen Europas und betonten die Bedeutung der möglichst engen Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene u.a. in den Bereichen Studierendenaustausch, Fischerei, Automotive und Forschung.

Insgesamt standen 21 Stellungnahmen u.a. zu den Strukturfonds, zur Agrarpolitik und zu den Binnenmarkt- und Erasmusprogrammen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene auf der Tagesordnung. Die AdR-Stellungnahme zum KOM-Entwurf einer Verordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen für die Strukturfonds nach 2020, die Staatssekretär Dr. Michael Schneider als Berichterstatter gemeinsam mit der Vorsitzenden der SPE Catusca Marini verfasst hat, stand an erster Stelle auf der Tagesordnung und wurde einstimmig verabschiedet.

Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Erste Gewinner stehen fest

Die EU-Kommission hat am 7. Dezember 2018 die Gewinnergemeinden der Ausschreibung für mehr freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU), die vom 7. bis 9. November 2018 stattfand, veröffentlicht. Mit **Goldbeck** (Altmark) und **Osternienburger Land** aus den **Landkreisen Stendal bzw. Anhalt-Bitterfeld** befinden sich auch zwei Gemeinden aus Sachsen-Anhalt unter den 2.800 Siegern des ersten WiFi4EU-Aufrufs, der sich mit rund 13.000 Bewerbungen großer Beliebtheit erfreute.



81

Der WiFi4EU-Gesetzesvorschlag war von der EU-Kommission im September 2016 im Rahmen ihrer Strategie zum Digitalen Binnenmarkt vorgelegt worden. Er sieht die Schaffung eines 120 Mio. Euro schweren Gutscheinsystems aus dem EU-Haushalt vor, um interessierten Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Möglichkeit zu bieten, ihren Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Gebäuden und in deren Umfeld freie WLAN-Zugänge anzubieten. Es sollen insgesamt mindestens 6.000 bis 8.000 Gemeinden von diesem Projekt profitieren.

Ein WiFi4EU-Gutschein stellt pro Gemeinde einen festen Betrag von 15.000 Euro dar, der die Installation von WLAN-Geräten auf dem neuesten Stand der Technik in den Zentren von gemeinschaftlichem Leben wie Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen ermöglicht. Der WiFi4EU-Gutschein gilt für Ausrüstung und Installation der Wifi-Hotspots. Gemeinden, die einen Gutschein erhalten, müssen mindestens drei Jahre lang für den Internetzugang und die Wartung der Ausrüstung zahlen, um eine kostenlose und hochwertige WLAN-Internetanbindung zu gewährleisten.

Das Volumen des aktuellen Aufrufs betrug 42 Millionen Euro, welches in 2.800 Gutscheine eingeteilt wurde. Jedem teilnehmenden Land wurden mindestens 15 Gutscheine garantiert und es konnte maximal 224 Gutscheine gewinnen. Alle teilnehmenden Länder mit Ausnahme von Island (3 Einreichungen – in Deutschland waren es 1824) übertrafen das Minimum von 15 Gutscheinen. Die meisten davon binnen weniger Sekunden nach Öffnung des WiFi4EU-Portals.



Weitere WiFi4EU-Aufrufe sind für 2019 (Anfang des Jahres) und 2020 geplant. Die Antragsteller werden im Windhundverfahren, also in der Reihenfolge der Beantragung ausgewählt, wobei darauf geachtet wird, dass jedem Mitgliedstaat eine bestimmte Anzahl von Gutscheinen zugutekommt. *dw Quelle: EU-Kommission*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung zu den Gewinnern (nur in Englisch verfügbar): [hier](#)

Fragen und Antworten zu WiFi4EU: [hier](#)

WiFi4EU-Portal: [hier](#)

Liste der zugelassenen Einrichtungen in Deutschland: [hier](#)



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
NN	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der Europäischen Union

